

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle, Algenrodenstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Preis pro Jahrgang 1,70 Goldmark. Durch die Expedition wöchentlich 40 Goldpfennig, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Verlags- und Geschäftsstelle: **Ring 1206, Redaktion Ring 3141.**
Fernsprech-Anschlüsse: **Schäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.**
Postfach-Konto: **Postfach-Amt Dreslau Nr. 3852.**

Anzeigenpreis: Die Zeilenpreise für geschäftliche Anzeigen sind: 1. Zeile 10 Pf., 2. Zeile 9 Pf., 3. Zeile 8 Pf., 4. Zeile 7 Pf., 5. Zeile 6 Pf., 6. Zeile 5 Pf., 7. Zeile 4 Pf., 8. Zeile 3 Pf., 9. Zeile 2 Pf., 10. Zeile 1 Pf. Die Preise sind für die erste Nummer. Für die zweite Nummer bis zum 11. Tag vorher in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abzugeben.

Der englisch-deutsche Handelsvertrag.

Ein weiterer Erfolg der Verständigungspolitik!

Amlich wird folgendes mitgeteilt:

1. Die Verhandlungen über den Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen Deutschland und Großbritannien wurden am 2. Dezember in London zu Ende geführt und der Vertrag wurde um 3 Uhr nachmittags im Foreign Office in London durch den deutschen Botschafter in London und Ministerialdirektor von Schubert für Deutschland, sowie den britischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und Lord Aberdeen für Großbritannien unterzeichnet. Der Text des Vertrages wird in Deutschland und England am Freitag, den 5. Dezember, veröffentlicht.

2. Die deutsche und englische Regierung haben gelegentlich der Handelsvertragsverhandlungen in London vereinbart, daß die praktischen Möglichkeiten der Einführung einer anderweitigen Erhebungsmethode der 20prozentigen Reparationsabgabe, bei der Zahlungen durch die einzelnen Kaufleute nicht erforderlich werden, von der deutschen Regierung mit dem Generalagenten und dem Transfer-Komitee erörtert werden. Wenn eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird, wird die britische Regierung, geleitet von dem ersten Wunsch, zu einer gegenseitigen Verständigung zu kommen, sich bemühen, zu einer Vereinbarung über eine Änderung der jetzigen Erhebungsart zu gelangen, die die Einnahmen der britischen Regierung nicht vermindern wird.

Wie der „Soj. Pressebericht“ dazu erzählt, hat der Vertrag nach erfolgter Ratifizierung Gültigkeit für 5 Jahre mit Kündigung. Ein modus vivendi bis zu seinem Inkrafttreten

ist bis jetzt noch nicht vorgesehen, liegt aber im Bereich der Möglichkeit.

Materiell ist der Vertrag aufgebaut auf der gegenseitigen Meißbegünstigung in der üblichen Form, das heißt für Zölle, Ein- und Ausfuhr, Schiffsahrt, Fischerei, Anerkennung der juristischen Personen (Aktiengesellschaften) usw. Außerdem enthält er einen Schiedsgerichtssparagraphen, nach dem die entstehenden Streitigkeiten beizulegen sind. In Bezug auf die Zölle kann gesagt werden, daß die beiden Kontrahenten über Festsetzung und Höhe der Zölle freie Hand haben. Diese Regelung basiert auf dem gegenseitigen Versprechen, Zollrückstellungen nicht in dem Maße vorzunehmen, daß sie sich gegen einen Kontrahenten zuspitzen. Dadurch soll speziell jede Schikane ausgeschaltet werden.

Die 20prozentige Ausfuhrabgabe hat, wie wir bereits mitteilten, eine Regelung nur nach der handelspolitischen und nicht nach der reparationspolitischen Seite erfahren. Sie erstreckt sich auf das Prinzip, die Schlechterstellung der deutschen Waren in England zu beseitigen. Vorläufig steht fest, daß die Zahlung dieser Abgabe im Einzelfalle wegfällt. Dieses Moment ist aber entscheidend, weil gerade der englische Abnehmer kaum an Abgaben gewöhnt ist und in den schiedsgerichtlichen Verpflichtungen eine Belastung erblickt, die der Abnahme deutscher Waren hinderlich war.

In Bezug auf die Meldungen über die Ablösung der Abgabe in Form einer Pauschalsumme kann bemerkt werden, daß wohl eine Pauschalsumme in Frage kommt, die aber in keinem Falle an eine Devisenwährung, also etwa an die Pfundwährung, gebunden ist.

Der politische Erfolg des Vertragsabschlusses mit England kann nur auf Konto der Politik der Völkerrechtslösung und Völkerverständigung gebucht werden. Nur eine solche Politik kann die Vorteile dieses Vertrages für unsere Export auch ausnützen, während deutsche Schutzzölle beim Prinzip der Gegenseitigkeit auch englische produzieren würden. Der Wähler wird das am 7. Dezember bedenken müssen!

Was der Arbeiter bedenken muß.

Der 7. Dezember entscheidet über das Los des deutschen Arbeiters. Gewinnen die Rechtsparteien am 7. Dezember die Mehrheit im Reichstag, so geht die deutsche Sozialpolitik vollends zum Teufel. Die Arbeitgeber wissen, daß Arbeiter und Angestellte, deren Arbeitsbedingungen nicht durch sozialpolitische Gesetze geschützt sind, gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung wehrlos dastehen. Deshalb wird ja auch die Sozialpolitik von den Arbeitgebern so wütend bekämpft. Deshalb ihre Parole: Fort mit der gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit, fort mit dem kollektiven Arbeitsvertrag, fort mit der Arbeitslosenunterstützung!

Die deutsche Wirtschaft ist durch den Krieg um seine Folgen durch die Reparationsverpflichtungen furchtbar belastet. Stärker belastet als die Wirtschaft des Auslandes, mit der Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrieren muß. Die deutsche Wirtschaft muß konkurrieren können, wenn sie Hoffnungen und unerlöschliche Nahrungsmittel kaufen will. Das Gleichgewicht muß hergestellt werden.

Zwei Wege führen zu solchem Ausgleich: entweder wird die menschliche Arbeit in Deutschland bis zur Grenze des Unertäglichen belastet oder der Wirtschaftswahnsinnismus des Landes wird organisatorisch verbessert, damit er unter möglicher Schonung der menschlichen Arbeitskraft genügend ertragreich arbeitet. Also entweder unerschütterlich lange Arbeitszeit, Hungerlohn und Verzicht auf Sozialpolitik oder Organisation der Wirtschaft, die alle unnötigen profitierenden Zwischenglieder ausschaltet, den technischen Fortschritt entwickelt, die Zins- und Profitrate senkt und das Sonderinteresse des Unternehmers dem Allgemeininteresse unterordnet.

Die Reichstagswahl entscheidet, ob Deutschland in den nächsten Jahren den einen oder den anderen Weg geht. Ob der Arbeiter und Angestellte die entsetzliche Last schleppen muß, oder ob das Unternehmertum gleichfalls seinen Teil der Last zu tragen gezwungen wird.

Die deutschen Unternehmerverbände haben in zwei offiziellen Erklärungen zu dieser Frage Stellung genommen. Sie haben sich bereit erklärt, den Rechtsparteien Millionen für die Wahlpropaganda zu geben, und sie haben zugleich ihr Wirtschaftsprogramm veröffentlicht. Diese finanzielle Wahlfürze und ihr Programm gehören zusammen.

Wohin soll die Reise gehen? Zum Preisabbau, nach dem alle Menschheit sich sehnt? Die Unternehmerverbände erklären: jawohl, aber unter einer kleinen Voraussetzung: zuerst eine Generalerleichterung aller Steuern, die auf dem Unternehmer liegen, ferner Verhinderung der Lohnsteigerung, restliche Durchführung der Vorkriegs-Arbeitszeit, ausdrücklicher Verzicht auf internationale Bindungen, d. h. vor allem keine internationale Verständigung über die Arbeitszeit! Dazu kommt der systematische Kampf der Verbände gegen die übrige Sozialpolitik. Keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, keine gesetzliche Arbeitslosenversicherung, keine Revision der Unfallversicherung. Alles mit der Begründung, die „Wirtschaft“ könne die Last nicht tragen. Für die Annahme dieses Programms bekommen die Rechtsparteien ihre riesigen Wahlgelder, die ihnen die Papierflut der Wahlplage ermöglichen — ohne freiwillige Mitarbeiter, wie die Sozialdemokratie sie besitzt.

Arbeiter, wir sagen es Euch bis zur letzten Minute: Ohne Wahlerfolg der Sozialdemokratie keine Sozialpolitik, sondern weitere Verflawung!

Behrt Euch am 7. Dezember, um Euch größere Opfer zu ersparen, durch den

Stimmzettel der Sozialdemokratie!

Aus dem Reiche.

Ein deutschnationaler Landbändler mit 30 000 Mark durchgegangen. In der Viehverwertungs-Genossenschaft Treptow an der Hoga, die mit dem Landbund eng verknüpft ist, haben mehrere Revisionen durch den Vorstand zur Aufdeckung größerer Unterschlagungen des Leiters der Genossenschaft, eines Herrn van Strubensin, geführt. Insgesamt sind etwa 30 000 Mark als Fehlbetrag festgestellt worden. Die Buchhaltung dieses abigen Herrn, der natürlich stramm deutschnational ist, ist ein einziges Chaos. Die pommerischen Junker haben in der letzten Zeit mächtiges Geld. Die unlauberen Geschäftsführer hören gar nicht auf. Dabei sind die Bauern hierbei immer die Leidtragenden.

Die Uhren der Rheinbahn zeigen wieder deutsche Zeit! Gestern früh um Mitternacht wurden die Bahnhofsuhren die bisher noch die französische Zeit anzeigten, im neuen besetzten Gebiet auf mitteleuropäische Zeit eingestellt. Zum gleichen Zeitpunkt trat auch der neue deutsche Fahrplan in Kraft, der zum Teil wesentliche Änderungen gegen bisherige aufweist. Die Wartezeit an den Grenzstationen, sowie das eventuelle Umsteigen fallen von nun an fort.

Wahlfieg der deutschen Vinten schafft gute Eintrittsbedingungen in den Völkerbund.

Genf, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Völkerbundsreisen ist man der Auffassung, daß der psychologische Augenblick für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zurzeit gegeben wäre. Man weiß, daß England einen Eintritt Deutschlands sobald wie möglich wünscht und hierin mit Frankreich übereinstimmt, das jetzt Deutschland ebenfalls lieber im Völkerbund sieht als draußen. Unter diesen Umständen sind die Bedingungen für Deutschland sehr günstig, seitdem England die Unterzeichnung des Friedensprotokolls und die Abrüstungskonferenz hinausgezögert. Hier in Genf vertritt man die Auffassung, daß eine baldige Sonderkonferenz für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund dessen Arbeiten nur fördern kann. Deutschland würde durch seine freiwillige Teilnahme und durch die Förderung des Friedenswerkes, wie es der Völkerbund bei seiner letzten Tagung in seinen Richtlinien vorgezeichnet hat, einen großen moralischen Sieg erringen. Da das Protokoll in seiner jetzigen Form wahrscheinlich nicht angenommen wird, hat Deutschland durch seinen baldigen Eintritt einen großen Einfluß auf die endgültige Fassung des Sicherheitsprotokolls, den es sonst bestimmt nicht ausüben kann. Man erwartet in Genf, einen Wahlfieg der deutschen Demokratie, die allein die lokale Mitarbeit Deutschlands an dem Friedenswerk des Völkerbundes verbürgt.

Räumung der Kölner Zone im Januar oder gemeinsam mit der Ruhr 3 Monate später?

Paris, 3. Dezember. (Eigener Funkbericht.) Die Räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen wird bei der Aussprache zwischen Chamberlain und Herriot im Gegenjah zu sensationellen Meldungen nicht zur Debatte stehen. Schon seit längerer Zeit werden über diese Fragen diplomatische Verhandlungen geführt. Die eigentliche Schwierigkeit wird von französischer Seite insbesondere darin gesehen, daß die Räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen die weitere Aufrechterhaltung der Ruhrdelegation technisch unmöglich machen würde, während die Frist der Räumung des Ruhrgebietes bekanntlich bis zum 1. September 1925 läuft. Man rechnet deshalb in hiesigen unterrichteten Kreisen mit einem Kompromiß, und zwar derart, daß England weitere drei Monate die Kölner Zone besetzt hält und dann gemeinsam mit der Ruhr Zone und das Ruhrgebiet entleert wird.

Eine derartige Vereinbarung kann nur unter Zustimmung Deutschlands erfolgen. Artikel 429, Abs. 1 des Versailler Vertrages besagt klar und deutlich, daß der Bräutigam von Köln nach Ablauf von 5 Jahren geräumt werden muß. Es ist also unser gutes Recht, wenn wir darauf bestehen, und wir glauben, daß sich auch über diese Frage mit Herriot reden lassen wird.

In Anbetracht der frevelhaften nationalistischen Sehne, die sich bereits gegen Herriot wegen der Räumung der Kölner Zone in Deutschland einsetzt, können wir darauf verwetten, daß es im

Nachlaß der amerikanischen Forderungen an Frankreich?

Die von der französischen Regierung vor einiger Zeit in Washington geführten Verhandlungen über die Regelung der französischen Kriegsschulden in den Vereinigten Staaten stehen ihrem Abschluß nahe. Es verläutet, daß Amerika bereit ist, 30 Prozent seiner Forderungen nachzulassen und für den Rest ein Moratorium von zehn Jahren zu gewähren. Vom Jahre 1935 ab soll die Amortisation mit 1 Prozent jährlich erfolgen und der Zinsfuß nur 2 Prozent betragen. Das wäre ein großer Erfolg Herriots und der französischen Vintregierung!

Der Rückschlag nach dem mißglückten Kommunistenputsch in Estland.

Memel, 3. Dezember. (Eigener Funkbericht.) Zwanzig der Kommunisten, die den Putsch in Reval unternommen haben, sind von den estnischen Justizbehörden sofort zum Tode verurteilt worden. Aus einem amtlichen Bericht über den Putsch geht hervor, daß die Regierungstruppen ein elf Tote hatten (darunter 5 Offiziere), und 22 Verwundete (darunter 3 Offiziere). Nach Meldungen, die aus Reval vorliegen, ist in Estland „die Ruhe überall wieder hergestellt“.

Warschau, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

In den östlichen Grenzgebieten Polens gärt es nach wie vor sehr stark, und die auf Geheiß von Moskau angestelltesten kommunistischen Umtriebe, zusammen mit dem Widerwillen der eingewanderten, polenfeindlichen Bevölkerung, lassen Wohlhagen bezw. die angrenzenden Gebiete nicht zur Ruhe kommen. Das Land verödet im Gegenteil immer mehr, da Überfälle, Ausraubungen und Brandstiftungen der aufständischen Bevölkerung immer weiter um sich greifen. So wurde das Gut Enkolasi am hellen Tage ausgeplündert. Im Kreise Kremenen sind 6 Güter völlig ausgeraubt und niedergebrannt worden. Eine Küberbande zerstörte das Gut Antopol in der Nähe der Stadt Korn. Aus Wilna wird gemeldet, daß sich ein regelrechter Stab von Führern der aufständischen Bevölkerung in der Nähe von Maslowitz befand. Hier kam es zu schweren Kämpfen, als polnisches Militär ein Gut umzingelte, in dem sich die Aufständischen versammelt hatten. Das Militär wurde mit Maschinengewehren beschossen, wobei ein Polizeibeamter und ein Soldat getötet wurden. Bei dem Versuch der Belagerer, durchzubrechen, wurden sechs Personen erschossen. Es soll gelungen sein, den Rest zu verhaften und dem Kriegsgericht zu übergeben. Der neueste Moskauer Putschbefehl trägt also bereits seine Früchte.

Stolzmalz der Landbund als Profitmacher.

Neue Tatsachen über die „Mittelstandsfreundlichkeit“ derer von Richtig.

Die kürzlich von der „Volkswacht“ und dann noch ausführlicher von der demokratischen „Voss. Zeitung“ veröffentlichten Tatsachen über die Niederkonkurrenzierung des Kleingewerbes und Kleinhandels durch die eigenen Unternehmungen des Landbundes haben den deutschnationalen Spitzenkandidaten, Freiherrn von Richtig, zu einem halben Duzend höchst verärgertes Antworten an verschiedenen Stellen veranlaßt. Er bezieht sich dabei sehr grober Ausdrücke, kann aber von den Tatsachen nichts abstreiten, die seine mittelstandsfreundlichen Reden in ein merkwürdiges Licht rücken.

Die „Vossische Zeitung“ stellt neuerdings noch die folgenden Einzelheiten fest:

In Oels besteht eine Kreislandbund-Genossenschaft, deren Geschäftsräume im eigenen Hause untergebracht sind und der vorwiegend Großgrundbesitzer angehören. Die Genossenschaft kauft nicht nur Getreide und Kartoffeln auf, sie verkauft auch Dünger, Futtermittel und Kohlen. Sie hat sich auch schon ein eigenes Bankgeschäft angeeignet durch Aufkauf einer in Auflösung begriffenen Filiale einer Breslauer Firma. Mehrere Firmen, die in diesem Bezirk den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten betreiben, haben zu bekehren aufgehört. In Militsch sind infolge der Tätigkeit der dortigen Filiale der Reichslandbund A. G. bereits drei alte Getreidegeschäfte eingegangen. Die Trebnitzer Organisation beschäftigt nicht weniger als fünf Direktoren und 20 Angestellte, treibt An- und Verkauf aller landwirtschaftlichen Produkte und handelt auch mit Kohlen und Maschinen. Dasselbe geschieht durch die „Coag“ im Kreise Kreuzstadt. In Gleiwitz fühlen sich nicht nur Getreide- und Futtermittelhändler, sondern auch kleine Geschäftsleute und Gewerbetreibende durch die wirtschaftliche Tätigkeit der Zweigstelle des Reichslandbundes sehr geschädigt. Hier wurden zu einer Zeit, als kein Getreidehändler mehr als zwölf Mark je Zentner beim Weiterverkauf erzielen konnte, vom Landbund nachweislich 1250 Mark je Zentner an die Landwirte gezahlt. In Kottbus besteht eine Zweigstelle des Landbundes unter der Firma „Niederlausitzer Landbundgenossenschaft“, die bereits an verschiedenen Orten der Kreise Kottbus und Kalau Grundstücke erworben, in Tetschau ein Hotel gekauft, die Dampfmaschine Dreßkau, eine Mühle, Del- und Grümmühle, sowie die Spreemühle in Kottbus gepachtet und am gleichen Ort eine Landbunds-Schlächtereieringerichtet hat. In Sprottau hat sich die dort bestehende Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft verpflichtet, dem Landbund einen bestimmten Betrag zu zahlen, solange er dort kein Handelsgeschäft eröffnet. Inzwischen bietet der Landbund hier durch einen ortsanfässigen Geschäftsmann den Landwirten Anzüge, Stiefel und Pelze zum Kauf an. In Herrnhut (Kreis Guben) klagen mehrere selbständige, früher gutgehende kleine Unternehmungen, daß sie durch die Zweigstelle der Reichslandbund A. G. (die mit allen einschlägigen wirtschaftlichen Artikeln handelt) in ihrer Existenz schwer geschädigt sind. In Sokołhau ist eine alte Getreidefirma eingegangen, verdrängt durch die Zweigstelle der Reichslandbundgenossenschaft, die alle Preisofferten des eingesehnen Handels überbietet. In Kreuzburg O. S. besteht eine Landbundgenossenschaft mit Geschäftsräumen in eigener Villa, ausgebreiteten Lagerräumen, sieben bis neun Chauffeuren und außer den Lagerarbeitern noch 16 Angestellten. Hier wird ebenfalls nicht nur mit Getreide- und Futtermitteln, sondern auch elektrischen Artikeln, Seilen, Schuh- und Manufakturwaren und Bedarfsartikeln aller Art gehandelt, und zwar im Kleinverkauf.

In Striegau hat der Reichslandbund die dortigen Mühlenwerke erworben und beabsichtigt, eine Großbäckerei zu erbauen. Diese Mühle könnten wir noch beliebig fortsetzen.

Gemeinsam ist allen diesen Landbundorganisationen, wie es von deren Vertretern auch in einer öffentlichen Versammlung im Kreise Grünberg ausgesprochen worden ist, daß den Landwirten stets Preise gezahlt werden sollen, die über die Angebote der Händler nicht nur, sondern auch anderer Genossenschaften weit hinausgehen. Eine eigenartige Beleuchtung erfährt die Behauptung des Reichslandbundes, daß er den Zwischenhandel umgehen und direkt an die Verbraucher liefern wolle, durch die Tatsache, daß von der Zweigstelle Striegau der „Coag“ (Geschäftsstelle Breslau) Getreide von Händlern erworben und zum Beispiel an Händler verkauft werden, und daß auch zum Beispiel aus dem Kreise Reichenbach durch die dortige Landbundgenossenschaft große Mengen von Landesprodukten an Breslauer Getreidehandlungen verkauft werden.

Vielleicht überlegen sich die „Mittelständler“ aber einmal die Frage, ob die Reichs- und Staatskredite, deren sich die Landbundorganisationen (wie zum Beispiel in Striegau) öffentlich rühmen, nicht besser für andere Zwecke des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft zu verwenden wären, als dazu, der „Coag“ und ähnlichen Einrichtungen die Möglichkeit zu bieten, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben, Gewerbetriebe aufzukaufen und ein kleines Heer von ehemaligen Offizieren auszuhalten, die zwar keine geschäftlichen Erfahrungen und keine Warenkenntnisse haben, dafür aber um so eifriger gegen die Republik und für die deutsch-nationale Sache arbeiten. Oder will Freiherr v. Richtig noch weiter leugnen, was zahlreiche Landbändler ganz offen erklärt haben? Daß sie nämlich deswegen lieber mit diesen Genossenschaften arbeiten als mit dem Händler, weil sie wüßten, daß die dort erzielten Verdienste zu politischen Zwecken verwendet würden! Und auch das schlesische Zentrum, dessen Kandidaten vom Reichslandbund in einer Reihe mit den Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der national-sozialistischen Freiheitsbewegung empfohlen werden, sollte einmal bedenken, daß hier mit Staatsgeldern Bestrebungen unterstützt werden, von denen es doch mindestens sehr zweifelhaft ist, ob sie dem Wohle des Staates und den breiten Schichten der Bevölkerung dienen.

So weit die „Voss. Ztg.“. In der Verlegenheit helfen sich Landbund und Deutschnationaler mit zwei Feststellungen:

1. Auch jüdische Finanzkreise stecken große Handelsprofite ein. Das ist unbestreitbar richtig, und Herr v. Richtig kann es auch aus erster Quelle wissen: ist doch sein eigener Schwager und Steuerberater Dr. Fromberg der Sohn eines bekannten jüdischen früheren Breslauer Bankdirektors (in Firma Schlesischer Bankverein). Wie ist es da noch möglich, nach deutsch-nationaler Empfehlung „jüdische“ und „christliche“ Profitmacher zu unterstützen? Wir müssen die Profitmacherei bekämpfen, wo wir sie finden!

2. Der Landbund nimmt für seine Unternehmungen in Anspruch, genossenschaftliche Vorteile zu bringen. Seine Unternehmungen verkaufen aber den größten Teil ihrer Waren doch wieder an Breslauer Getreide- und andere Großhändler. Sein Ziel ist nicht Verbilligung, sondern Verteuerung des Getreides. Das ist der Unterschied von unseren Konsum-Genossenschaften, die direkt den Konsumenten dienen und im

übrigen auch keinen landbündlerischen Terror und keine politisch-reaktionären Absichten kennen.

Die Mittelständler mögen am 7. Dezember wieder Richtig oder die Landbundkandidaten Rheinaben und Perlitius wählen. Sie stützen damit ihre eigenen Fenster!

Wieder zwei reaktionäre Schandurteile.

Am Dienstag wurde über die kommunistischen Unruhestifter von Vörsch im September 1923 von dem Preussischen Senat des Staatsgerichtshofes in Freiburg das Urteil gefällt, und zwar: Rümmele zehn Jahre Zuchthaus, Steiner acht Jahre Zuchthaus, Fritsch fünf Jahre Zuchthaus, Weidenberger 11 vier Jahre Zuchthaus, Hermann Heßler, Langendorf, Roth, Schumacher, Wäde, Grimm und Lehrer je zwei Jahre Zuchthaus, Jäh und Otto Herber je zwei Jahre Zuchthaus, Gauer und Schmieder je 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Seger und der Jüngere Marvi je ein Jahr drei Monate Zuchthaus, Sutter ein Jahr Zuchthaus, Bachmann und Schürle je 4 1/2 Jahre Gefängnis, Schöffel und Kohlenbrenner je 4 Jahre Gefängnis und Blagowski 1 1/2 Jahre Gefängnis. Der Rest der Angeklagten wurde zu Freiheitsstrafen von einem Jahre bis zu fünf Monaten verurteilt. Diese ungeschicklichen Urteile wirken um so sonderbarer, als doch gerade der September 1923 ein Monat des schlimmsten Währungszerfalls und damit der bittersten Not für weite Volks-schichten gewesen ist, so daß die Empörung der Arbeiter wohl zu verstehen ist. Für dieses unehrliche Urteil gibt es nur eine Erklärung: der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes wird durch die reaktionären Regierungen von Bayern und Württemberg befehligt. Diese haben es verstanden, das Votumelement bis auf einen Zentnamsführer völlig auszuschalten. Einen großen Teil der Schuld trägt aber auch die kommunistische Partei. Sie hat damals die bestmögliche Empörung der Arbeiter zu ihren eigenen parteipolitischen Zwecken ausgenutzt und damit dem Staatsgerichtshof erst die Möglichkeit des Vorwandes geboten, es handle sich um ernste Unruhestiftungen. So kündigt die KPD ihre eigenen Arbeiter ins Unglück. Den Stempel dieses Klassenurteils empfindet man um so schärfer, wenn man ihm ein gleichzeitiges Berliner Urteil gegenüberstellt.

Ein Redakteur der „Kreuzzeitung“, der Seering „bodenlose Heuchelei“ vorgeworfen hatte, wird von einem Berliner Schöffengericht freigesprochen! Wer wagt da noch bei diesen schandhaften Urteilen zwischen Urteilen über arme abgelebte Arbeiter und über politische Verleumder zu behaupten, die deutsche Klassenjustiz wäre kein Standaal. Arbeiter, wenn ihr eine andere, gerechte Rechtsprechung wollt, dann wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Die bäuerliche Siedlung in Preußen.

Der Amtliche Preussische Preisdienst gibt eine Uebersicht über die in den letzten fünf Jahren vorgenommenen Neufriedlungen und Anliegerfriedlungen heraus, aus welcher hervorgeht, daß die Zahl der Neufriedlungen von 822 im Jahre 1919 auf 2789 im Jahre 1923 stieg. Das Ergebnis der Jahre 1919 bis 1923 sind insgesamt 10183 Neufriedlungen mit 96524 Hektar Gesamtfläche. Noch erzieuflicher ist das Ergebnis bei der Schaffung von Anliegerfriedlungen. Nachstehend geben wir die genauen Zahlen:

Kalenderjahr	Neufriedlungen		Anliegerfriedlungen	
	Anzahl	Fläche ha	Anzahl	Fläche ha
1919	822	9 801	12 506	10 741
1920	1743	14 908	19 039	20 355
1921	2174	19 420	23 480	22 754
1922	2655	19 945	19 619	20 747
1923	2789	32 449	18 186	22 987
Zusammen	10 183	96 524	92 850	97 594

Zur Anhebung der infolge der Abtretung deutschen Gebietes verdrängten Anlieger, Pächter und Angestellten mußte Preußen 31 500 Hektar zur Verfügung stellen. Diese Fläche ist zum größten Teil im Wege der Enteignung und durch freiwillige Bereiteilung der liegenschaftlichen Eigentümer beschafft. Von den aus den abgetretenen Gebieten stammenden Flüchtlingskandidaten sind bis Ende 1923 1673 angelegt und außerdem 233 vorläufig als Arbeiter auf den zur Siedlung bestimmten Gütern untergebracht worden.

Auch bei der Aufhebung der Fideikommissie ist den Siedlungsinteressen nach Möglichkeit Rechnung getragen. Vollständig aufgelöst sind bisher 478, in der Juuagsaufhebung begriffen 1218 Fideikommissie. Soweit Waib fideikommissarisch gebunden war, ist bei der Aufhebung im Interesse seiner Erhaltung in allen Fällen entweder ein Waldgut oder ein Schutzforst gebildet worden.

Im Verhältnis zur Gesamtfläche des großen Grundbesitzes ist die Siedlungsfläche noch sehr klein, diese Arbeit muß in ganz anderem Tempo fortgesetzt werden.

„König Kohle.“

Von Upton Sinclair.

„Ich weiß nicht, ob Sie sich gar so ruhig verhalten; jedenfalls wird Ihre Bewegung nicht viel nützen.“
 „Hal wachte sich an Edstrom und Mac Kellar: „Bitte, hören Sie mir eine Minute zu.“ — Seine Stimme klang lebhaft, als ob er glaube, daß sie ihm nicht helfen wollten. „Wir müssen etwas unternehmen, müssen es! Mir ist, wie Herr Keating sagt, das Spiel neu, Sie aber kennen es! Denken Sie nach, helfen Sie mir, einen Plan auszuarbeiten.“
 Dieses Schwärzen trat ein. „Gott weiß“, — sagte endlich Edstrom, „daß ich etwas vorschläge, wenn ich nur wüßte, was.“
 „Auch ich — bemerkte Mac Kellar — „Sie stehen vor einer Steinmauer, mein Junge. Die Autoritäten hier sind nichts weiter, als eine Abteilung der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft, jeder Einzelne.“
 „Einen Augenblick“ — sagte Hal — „überlegen wir. Wenn wir ein richtiges Governement hätten, welche Schritte unternehmen wir? So ein Fall gehört vor den Distriktsstaatsanwalt, nicht wahr?“
 „Zweifellos“ — antwortete Mac Kellar.
 „Sie haben den Mann schon einmal erwähnt, er hat den Greubensassessoren mit Verfolgung wegen Wahlzettel-Schwindel gedroht, sagten Sie?“
 „Das war, als er kandidierte!“ entgegnete Mac Kellar.
 „Ja, ich erinnere mich, Jeff Cotton sagte, der Mann sei in Worten auf seinen der Bergleute, in Taten auf seinen der Gesellschaft.“
 „Das stimmt“, erwiderte trocken der andere.
 „Soll ich nicht doch zu ihm gehen, einen Versuch wagen. Vielleicht hat er doch ein Herz.“
 „Herr braucht er keines!“ — meinte Mac Kellar — „was es braucht, ist ein Rückgrat.“
 „Ich möchte dennoch zu ihm gehen. Will er nichts tun, so kann man sich das merken; es gäbe auch für Sie eine neue Geschäftsidee, Herr Keating.“
 „Das ist wahr“, gab der Reporter zu. — „Was würden Sie von ihm verlangen?“

„Die Sache vors Gericht zu bringen, die Nord-Tal-Ausscher in Anklagezustand zu versetzen.“
 „Das erfordert viel Zeit, wird die Leute im Schacht nicht retten.“
 „Doch könnte sie die bloße Drohung retten.“
 „Ich glaube nicht“ — warf Mac Kellar ein — „daß eine Drohung die Partiers viel Eindruck machen würde. Die Herren wissen, wie ihn zurückzuhalten.“
 „Gibt es denn nichts anderes? Die Gerichtspersonen?“
 „Welche Gerichtspersonen?“
 „Ich weiß es nicht, das sollen Sie mir sagen.“
 „Kun“, entgegnete der Schotte, „sangen wir unten an, der Friedensrichter.“
 „Wer ist das?“
 „Jim Anderson, ein Tierarzt, lebt wie jeder andere Friedensrichter von kleinen Beheizungen.“
 „Und von höheren Beamten?“
 „Der Distriktsrichter Denton; der ist Compagnon von Bagleman, dem Beirat der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft. Glauben Sie, Sie werden bei dem weit kommen?“
 „Ich greife nach Strohhalmten“, erklärte Hal. — „Doch sagt man, dies ist jeder Strickende. Jedemfalls werde ich diese Leute anfragen, vielleicht ist doch einer darunter, der etwas tun wird. Schanden kann es auf keinen Fall.“
 Doch waren die drei anderen der Ansicht, daß es wohl schaden könnte und sie versuchten Hal die Gefahr klar zu machen, in einer dunklen Nacht überfallen oder erschossen zu werden. „Sie werden es tun“, — sagte Mac Kellar — „und es wird ihnen keine Unannehmlichkeiten bereiten, — man gibt einfach an, daß Sie ein betrüblicher Degen im Streit um ein Weib erlöchen hat.“
 Hal jedoch hatte es sich in den Kopf gesetzt, daß er alles erdulden wolle, ehe seine Freunde ihre Pläne ausführten. Er wurde auch nicht, daß ihn jemand begleite, hatte wichtige Angelegenheiten für Edstrom und Keating — Mac Kellar mit seinem hindertenden Gernz wäre nur ein Hindernis, Edstrom sollte zur Post gehen, den eingezeichneten Brief holen und sofort die Partnoten wechseln. Hal wollte beglaubigte Erklärungen aufnehmen lassen und diese, falls die Beamten sich weigerten, Schritte zu unternehmen, dem Governement anzuzeigen; dazu aber benötigte er Geld. Inzwischen sollte Bill Keating die Bagelkontrollen-Geschichte dreizehn machen, Hal würde sich einige Stunden später

im American Hotel einfinden und ihm Kopien der beglaubigten Erklärungen für die „Gazette“ bringen.
 Der junge Mann trug noch immer sein Arbeitsgewand, doch lehnte er Mac Kellars Anerbieten, ihm andere Kleider zu leihen, ab. Es war besser, als echter Bergmann aufzutreten, denn als schiefgeschickter Herr.

Als alles besprochen war, verließ Hal das Haus: Pete Janum, der Jahnnein-schlager, war zur Stelle und folgte ihm auf Schritt und Tritt. Der junge Bergmann begann zu laufen, der andere folgte seinem Beispiel, so rannten beide die Straße entlang, zum großen Entsetzen der Vorübergehenden. Da Hal sich viel im Weltakt geübt, war Pete zweifelloß froh darüber, daß das Distriktsanwalts-Büro in der Nähe lag.

Der Beamte im äußeren Büro erklärte, daß Herr Gilbert Parler beschäftigt sei und Hal freute sich der Gelegenheit, verschaffen zu können. Der Beamte starrte den leuchtenden, rot-gelblichen jungen Mann verumbert an; Hal gab ihm keine Erklärung; auf der Straße wartete der Jahnnein-schlager.

Einige Minuten später empfing ihn Herr Parler. Es war dies ein wohlgenährter Herr, mit festem Hals und einem Doppeltinn, kühl taufert und mit Talgbarde eingerieselt. Sein Anzug war gut gemacht, seine Mäntel blendend weiß; er machte den Eindruck eines Mannes, der sich wohl gehen ließ. Auf seinem Pult lagen Akten; er schien gedankenvoll.

„Hun“ — sagte er und warf dem jungen Bergmann einen raschen Blick zu.
 „Spreche ich mit dem Distriktsanwalt von Pedro?“

„Haben Sie den näheren Umständen der Nord-Tal-Grubenkatastrophe Ihre Aufmerksamkeit geschenkt, Herr Parler?“
 „Nein“ — antwortete Herr Parler — „was?“

„Ich komme eben vom Nord-Tal und vermag Ihnen Jahnnein-schlager zu geben, die für Sie von Interesse sein dürften. Es sind hundertthunder Leute im Schacht begraben, die Beamten der Gesellschaft haben die Deckung verdrückt und opfern diese Menschenleben hin.“

Der Staatsanwalt legte die Papiere aus der Hand und der trauerte unter den schweren Augenlidern hervor den Worten: „Woher ist Ihnen das bekannt?“
 (Fortsetzung folgt.)

Der Herr über die Hühner des Samters hinweghilt.

Ich habe so ein Gedrups wie am Eingestrichen hinhören konnte.

Beide umschiffen so Schöne und einhalten; Dr. I. Duh der Zell, mit Steinmühligen Buhhühnen, eines der erfolgreichsten Hühner.

Der Reichstagswahlkampf.

Neuwahlen und Sozialrentner.

Der Reichstag ist aufgelöst. Am 7. Dezember soll sich das deutsche Volk darüber entscheiden, ob der alte reaktionäre Reichstag wieder seinen Einzug halten soll, oder ob es eine andere Zusammensetzung unserer Volksvertretung wünscht. Wenn man die Zusammenfassung der Ergebnisse des alten Reichstages betrachtet, so sind sie gleich null, zumal auf sozialpolitischem Gebiete. Was hat der Reichstag in der Sozialpolitik geleistet? Nichts. In der sozialen Gesetzgebung hat er allgemein verlagert. Man denke nur an das kümmerliche Verhalten des Reichstages bei der Beratung der Invaliden- und Unfallrenten. Eine geringe Zulage wurde nur den schwerbeschädigten Rentnern bewilligt, alle übrigen Invalidenrentenempfänger gingen vollkommen leer aus. Wie war die Lage der Invalidenrentenempfänger? Sie sind heute noch in der gleichen Lage wie vor einem Jahr. Eine ganze Masse magte man diesen bedürftigen Invaliden den Arbeit im Monat als Zulage anzubieten. Ist dies nicht die Schande? Die Rostage der Invaliden wurde zwar allseitig anerkannt, eine durchgehende Erhöhung aller Sozialrenten wurde jedoch nicht bewilligt. Die Verjährungsfrist, die die Rentner in den Wahlen vor dem Reichstagswahlkampf im Mai machten, waren eben nur plumpe Wahlversprechen und werbende Mittel der Wahlkämpfer. Hätte der Reichstag weiter bestanden, hätte er auf sozialpolitischem Gebiete noch manches erleben können. Nach einer Mitteilung der „Kreuzzeitung“ dieser Tage lag ein Entwurf vor, wonach 90 vom Hundert aller Unfallrentner niedrigere Leistungen erhalten sollten. Nur 10 vom Hundert (den am schwersten Beschädigten) wollte man eine kleine Zulage geben. Durch die Auflösung des Reichstages ist die Beratung hierüber unterbrochen worden. Der Gesetzentwurf wird deshalb dem neuen Reichstag zur Beratung vorgelegt werden. Wollte die Reichstagswahl genau so oder ähnlich wie die vorige ausfallen, dann können alle Sozialrentner der neuen Reichstagsperiode auf eine Verbesserung hoffen. Nur die linksgerichtete Volkspartei wird für die Interessen der Sozialrentner eintreten und eine allgemeine Erhöhung ihrer Bezüge erreichen.

Auch über die Invalidenrenten wird der neue Reichstag Beschlüsse fassen müssen. Der Abgeordnete Karsten hat einen Antrag eingebracht, welcher die Verdoppelung aller Invalidenrenten vorschlägt. Das Zustandekommen dieser vorgeschlagenen Erhöhung hängt ebenfalls vom Ausfall der neuen Wahlen ab. Nach den Reden und Taten des alten Reichstages konnte man wirklich annehmen, daß bei uns nicht die Sozial-, Kleinrentner und die werksfähige Bevölkerung die Notwendigkeit und Notwendigkeit sind, sondern die Industriellen und Agrarier. Welche Verbesserungen man auf sozialpolitischem Gebiete von einem rechtsgerichteten Reichstag erwarten kann, ist aus Folgendem zu ersehen. Der deutschnationale Ministerkandidat, Bergwerksdirektor Leopold, sagte in einer Rede im Juli dieses Jahres: „Die deutsche Industrie ist nicht konkurrenzfähig, da die sozialen Lasten zu hoch seien. Nach diesen Worten kann man sich über die sozialpolitische Tätigkeit der rechtsstehenden Parteien nicht wundern. Dieser Leute geht eben jeder Funke sozialer Verbundenheit und der Erkenntnis des Notwendigen ab. Leopold bewachte mit seinen Ausführungen noch weiter nichts, wie eine Herabsetzung der Renten und überhaupt aller Leistungen auf sozialpolitischem Gebiete. Große Versprechungen und keine Taten, das ist es, was die Rechtsparteien für das Volk übrig haben. Kein Sozialrentner darf auf derartige Wahlversprechen hoffen! Er muß sich selbst sein eigenes Glück machen. Die gesamte arbeitende Bevölkerung und alle Arbeitslosen müssen mit aller zu Gebote stehenden Macht dafür Sorge tragen, daß bei den Neuwahlen ein linksgerichteter Reichstag zustande kommt. Sonst geht es uns erwiebsen machen noch viel, viel schlechter als bisher! Nur eine Partei ist bislang stets mit vollem Eifer im Wort und auch in der Tat für die Verbesserung aller Rentenempfänger und überhaupt für die Linderung der Not eingetreten: „Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei“. Schon aus Solidaritätswegen ist sie für sich und ihre Familie hat jedermann die Pflicht, der Partei seine Stimme zu geben, die stets für alle Unterdrückten mit ganzer Kraft eingetreten ist. Von den rechtsstehenden Parteien können wir nichts erwarten, wenigstens nichts Gutes!

Deshalb am 7. Dezember: Jede Stimme der bewährten Sozialdemokratischen Partei!
Klein-Weimar.

Ein Aufruf der republikanischen Studenten.

Das Karleil Republikanischer Studenten Deutschlands, dessen Zentrale in München ist und in dem die sozialistischen, demokratischen und Zentrum-Studentenorganisationen zusammengefaßt sind, veröffentlicht zur Reichstagswahl folgenden Aufruf: „Deutsche Studenten! Der 7. Dezember wird Deutschlands Zukunft, um eure Zukunft geht. Der Sieg der Reaktion bedeutet die Unterdrückung der politischen Freiheit und damit den Untergang des deutschen Geisteslebens, dessen Pflege gerade auch Akademiker

anvertraut ist und auf das ihr mit Recht stolz seid. Kein deutscher Student kann das wollen. Daher sorgt dafür, daß Deutschland ein Staat bleibt, in dem die Gesamtheit der Bürger frei und freudig mitwirkt am Gedeihen eines Vaterlandes, das allen seinen Gliedern ohne Unterschied ein freies, glückliches Dasein verbürgt! Sorgt dafür, daß Deutschland durch friedliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten wieder ein angesehenes, einflussreiches Mitglied der Staatengemeinschaft werde! Sorgt dafür, daß die Freiheit der geistigen Arbeit gesichert sei, damit deutsche Geisteskultur den Weg weise in eine bessere Zukunft! Nur die freie deutsche Republik kann diese Zukunft sichern! Wählt daher die alten Freiheitsfarben Deutschlands und der deutschen Studenten: Schwarz-rot-gold, wählt die Verfassungskonzepte der Republik, die Demokraten, die Sozialdemokraten, das Zentrum!“

Stresemann arbeitet mit Antisemiten.

Saktenzungenlinge beschließen keine Bekämpfung. — Bresnauer Volksparteiführer als Antisemiten.

Die Deutsche Volkspartei entwickelt sich immer eindeutiger nach rechts. Neneidings läßt sich sogar ihr großer Führer Stresemann von antijüdischen Saktenzungenlingen keine Bekämpfung überlassen, trotzdem er selber wegen seiner familiären Beziehungen lange genug auch die antisemitische Gasse geerbt worden ist. Über die Bekämpfung, die die Deutsche Volkspartei am letzten Sonntag im Großen Schauspielhaus zu Berlin absieht und in der Stresemann höchstwahrscheinlich eine seiner schmerzhaften Reden halten dürfte, erzählt das „Berliner Tageblatt“ folgende erbauende Geschichte:

In dieser von den Volksparteikern organisierten Versammlung gab es einen Ausnahmefall schwarz-weißer Kassen. Die Eingänge zum Großen Schauspielhaus aber waren von Angehörigen des „Recht“ und des „Stadtschloß“-Verbandes in ihren Uniformen bewacht. Neben anderen Absichten sah man an den Toren einzelner dieser von der Deutschen Volkspartei erworbenen Leihgardien auch das Saktenkreuz. Viele Schutzwachen der Deutschen Volkspartei wie an den Türen, hinter denen Herr Dr. Stresemann, Reichsaussenminister der Deutschen Republik, sprechen sollte, diejenigen Personen zurück, die ihr ein „jüdisches“ Aussehen zu haben schienen oder sonstige verdächtig waren. Als ein Vertreter des „Berliner Tageblattes“ der Versammlung beizuhören wollte, um darüber zu berichten, wurde ihm erklärt, er könne Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ und abend in einem Juden, werde der Zutritt zu dieser Versammlung nicht gestattet. Unter Vertretung der seine Aufgabe, einen sachlichen Bericht zu liefern, erfüllte er, machte an einem anderen Eingang des Großen Schauspielhauses einen neuen Versuch. Dort wurde er von den Wahlhelfern des Herrn Stresemann und der Deutschen Volkspartei am Arm gepackt und unter dem Ruf: „Schmeißt den Juden raus!“ fortgeschoben. Nebenbei sei bemerkt, daß die Parteien einer konfessionellen Zerium begingen, denn unter so behandelten Mitarbeiter ist Katholik.

Es ist nützlich, wenn die Wählerschaft rechtzeitig erfährt, welche glorreiche Entwicklung die Partei des republikanischen Außenministers nimmt. Nicht genug, daß sie sich demokratisch gegen die Farben der Republik erklärt, sie macht sich jetzt sogar die völkischen Methoden zu eigen, nachdem die völkische Partei am Zusammenbruch ist. Es entspricht nur der logischen Entwicklung der Dinge, daß die Volkspartei durch Antisemitismus auch ihrem eigenen Zusammenbruch vorarbeitet.

In Breslau haben bekanntlich die völksparteilichen Abgeordneten Hallpaap und Dr. Krüger für den völkischen Antrag auf „Regulierung der fremdbürgerlichen Geschäftsteile“ gestimmt, um dadurch von den Geschäften ihrer eigenen großkapitalistischen Hintermänner abzuwenden. Trotzdem gibt es eine ganze Anzahl wohlhabender Juden, die in Stresemann-Versammlungen begeistert Beifall klatschen und Volkspartei wählen. Man kann sagen, daß diese jüdischen Mitglieder, die sich selbst aus Angst um den Geldbeutel so ohreigen helfen, ihrer antisemitischen Freunde würdig sind.

Leinerts Pensionierung

bildet den Inhalt eines kommunikativen Flugblattes. Verhängen wird darin, daß die Sozialdemokratie gegen diese von einer bürgerlichen Mehrheit beschlossene Pensionierung des früheren Oberbürgermeisters stimmt, während seine Landtagsdiäten genau denen der kommunikativen Abgeordneten entsprechen, die noch niemals für Herabsetzung dieser Summen eintraten. Haben die Kommunisten außer diesen „alten Kamellen“ wirklich nichts Positives für die Wähler?

Die dies vorgeschlagene Pensionierung der englischen Geistlichen und dem Unterhaus genehmigt werden.

Das tibetanische Blumenparadies.

Der englische Kapitän Kingston Ward, der sich in Begleitung Lord Cawoods auf einer botanischen Forschungsreise durch Tibet befindet, hat nach London einen Reisebericht gelangen lassen, in dem er begeistert von dem Blumenparadies spricht, das in dem geheimnisvollen Land hinter dem Himalaya verborgen ist. „Die Bergabhänge“, schreibt der englische Botaniker, „an denen wir unsere Operationsbasis aufschlugen und von denen sich uns der Ausblick auf den Schneefeld des „Rangha Barwa“ eröffnete, sind überjagt mit blauen, purpurfarbenen und gelben Rhododendren, und das vor ihnen liegende Gefäß bildet einen Teppich von himmelblauen Moosblumen und orangefarbenen Primeln. Die höher gelegenen Matten und Wiesen erscheinen wie ein wogendes Meer von violetten Lilien und sanftorangefarbenen Primeln. Diese Primeln, die die Täler bedecken, wuchern bis zu einer Höhe von über einem Meter, während in der alpinen Region riesige Moosblumen und schneefarbene, bläuliche, kegelförmige und wundervoller Erscheinung mit obererfarbenen Rhododendren wehelt. Es ist im wahren Sinne des Wortes ein Blumenparadies. Und Bernala, das „gelobte Land“ der Tibeter, das unter dem Namen Khor Hills besser bekannt ist, darf ebenfalls als das gelobte Land der Botaniker angesprochen werden. Prächtig und die Rhododendren, die in den verschiedensten Größen wild wachsen, von Bäumen von 10 bis 15 Meter Höhe angefangen, bis herab zu winzigen Schlingpflanzen, die kaum einen Zoll hoch über die Felsen hinausragen; aber so üppig wuchern diese winzigen Pflanzen auf der Felsenwand, daß das flammende Rot ihrer Blüten auf eine Kette weit zu sehen ist. Wir fanden auch einen Rhododendrenstrauch mit schönen orangefarbenen Blüten, der seltensten aller Farben dieser Pflanzenwelt. An Schönheit wetteifern mit den Rhododendren die Primeln, von denen wir auf dem Doshong La allein ein Duzend neue Spektren entdeckten. Man sieht dort Simpfe — Bernala besteht nur aus Simpfen und Döhungen — die mit Primeln wie überjagt sind, und unter denen alle Farben, vor allem violett, firschat, violett und türkisblau, vertreten sind. Viele dieser Pflanzen fehlen nicht nur, sondern dürfen auch für unsere Gärten von hohem Wert sein.“

Zentrum und Landbund.

Das führende oberste Reichstags-Zentrumskomitee, die „Oberste Reichstags-Vollversammlung“, wendet sich in ihrer gestrigen Nummer scharf gegen den Landbund. „National- und Landbundesparteien seien Kinder ein und desselben Geistes, wie aus Landbundesveröffentlichungen nachgewiesen wird. Die Landbundeszeitung sei auch katholisch und nicht, was ebenfalls dokumentarisch belegt wird.“

In Mitteldeutschland ist es dieselbe Zentrums-partei, die mit demselben „katholisch-antisemitischen“ Landbund engstens zusammenarbeitet und in den Herren Berllius und Dr. Heuser Kandidaten aufgestellt hat, die offiziell als Landbundeslandbundes bezeichnet werden. Wähler, könnt ihr das verstehen und Zentrumslandbundes einer Organisation wählen, die in der Zentrumspresse so ehrlich als euer Freund gekennzeichnet wird?“

An alle Angestellten

wendet sich ein Aufruf des Landbundes, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„In ihrer sozialen Not und wirtschaftlichen Unterdrückung hatten viele von ihnen am 4. Mai des Vertrauens auf die eigene Kraft verloren, sie waren resigniert und glaubten an die Rettung durch „starke Männer“, die sich zwischen als Kraftmeier und Hehlköpfe erweisen haben. Die Angestellten und die übrigen Werktätigen sind noch einem jährlichen Leidenweg noch eine Enttäuschung richer, in ihrer sozialen Lage aber noch so ärmlich geworden. Zwei wertvolle Monate sind wiederum ins Land gegangen, ohne daß der von Rechts- und Linksparlamentarier eingeleitete Inflations-Reichstag arbeitsfähig werden konnte. Nichts konnte geschehen, um die Wirtschaftskrise zu entspannen und die Not der Angestellten zu erleichtern. Unter der heuchlerischen Maske einer „Volksgemeinschaft“ und eines sogenannten „Bürgerblocks“ glauben die großkapitalistischen Kräfte des Agrarierturns und der Schwerindustrie zur politischen Macht gelangen zu können. Unter völliger Ausschaltung der wirklichen Arbeitnehmervertreter im Reichstag sollte eine reine Klassenregierung des Reiches geschaffen werden. Der Bürgerblock wollte nur diejenigen Bürger unseres Landes als politisch wertvoll anerkennen, die aus dem mobilen oder immobilien Kapital Renten beziehen, die übrigen Staatsbürger, die von ihrer Köpfe oder Hände Arbeit leben müssen, waren als Untertanen jener „nationalen Erneuerung“ gedacht. Am 7. Dezember ist die — vielleicht letzte Gelegenheit gegeben, die Fehler zu haben schienen oder sonstige verdächtig waren. Als ein Vertreter des „Berliner Tageblattes“ der Versammlung beizuhören wollte, um darüber zu berichten, wurde ihm erklärt, er könne Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ und abend in einem Juden, werde der Zutritt zu dieser Versammlung nicht gestattet. Unter Vertretung der seine Aufgabe, einen sachlichen Bericht zu liefern, erfüllte er, machte an einem anderen Eingang des Großen Schauspielhauses einen neuen Versuch. Dort wurde er von den Wahlhelfern des Herrn Stresemann und der Deutschen Volkspartei am Arm gepackt und unter dem Ruf: „Schmeißt den Juden raus!“ fortgeschoben. Nebenbei sei bemerkt, daß die Parteien einer konfessionellen Zerium begingen, denn unter so behandelten Mitarbeiter ist Katholik.“

Sicherung des achtstündigen Normalarbeitslages

oder
Stabilisierung des acht- und zwölfstündigen Arbeitslages;
Niederherstellung und Ausbau des sozialen Angebotslages

oder
weiterer Abbau der verbliebenen sozialen politischen Rechte;
Tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

oder
Dynamik des einzelnen Angestellten gegenüber seinem Arbeitgeber;

oder
Ausbau der Sozialversicherung

oder
Mittel für „bedürftige“ Angestellte;

oder
Erhaltung des Konfessionsrechtes

oder
Zerschlagung der Erwerbslosen;

oder
Soziale Stärkung der Betriebsräte

oder
Erkennung der gelben Wertgemeinschaften;

das sind nur wenige der großen Entscheidungen, die dem neuen Reichstag vorbehalten sind. Sollte er etwa in seiner Mehrheit wiederum von den Anhängern des alten absolutistischen Regierungssystems beherrscht sein, so wäre damit auch von vornherein die Gleichberechtigung der Angestellten, Arbeiter und Beamten in Staat und Wirtschaft verneint. Wenn die Reaktion heute mit betoneter Stärke gegen die republikanische Verfassung ankämpft, so geschieht es sicher nicht um der äußeren Form willen. Das Schmarbentum wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Republik, weil ihm ihr sozialer Inhalt zuwider ist. Es geht im ganzen darum, ob die seit Monaten ruckende wirtschaftliche Reaktion durch die Übertragung der politischen Staatsgewalt an jene kapitalistischen Kräfte noch getrübt werden soll. Bisher sind weite Angestelltenkreise mit nationalistischen Phrasen irrezugewandt worden, ihre Arbeitnehmerstimmen vom 4. Mai wurden dazu mißbraucht, um die soziale Ausbeutung zu verschärfen.

National sein heißt wirtschaftlich und politisch kräftig dafür eintreten, daß das Leben der arbeitenden Menschen in Deutschland wieder lebenswert gestaltet wird!

Es wird nicht zuletzt an den Stimmen der Privatangestellten liegen, ob der noch einmal verhinderte Reichstag nach dem 7. Dezember 1924 kommen wird.

Kollegen, Kollegen! Erkennt eure Macht, stellt dem profitlichen Reichstag den Block der Arbeit gegenüber!

Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für alle Angestellten, die Vormachtstellung der im alten Reichstag vorherrschenden kapitalistischen Kräfte zu brechen und nur einer Partei die Stimme zu geben, deren bisherige Haltung eine Sicherung und den Ausbau der sozialen Republik gewährleistet.“

Nach den kräftigen Worten des Aufrufs gegen die Linkspolitiker einerseits, die Rechts- und auch die regierenden Mittelparteien andererseits, wird jeder denkende Angestellte auf Grund dieses Aufrufs seiner Organisation sozialdemokratisch wählen müssen!

Der Barmat-Konzern

und der Kommunisten Roenen.

Ernst Hellmann stellt zu dem kommunistischen Barmat-Schwindel öffentlich fest, daß er nie einen Pfennig Aufschlagsrat-Lantime oder sonstige Entschädigung von den Firmen des Barmat-Konzerns erhalten habe. Allerdings sei er persönlich mit Julius Barmat, den er für einen anständigen Menschen halte, befreundet und habe daher Einladungen zum Essen von ihm angenommen, ebenso wie das der Kommunistenführer Wilhelm Roenen tat. Im übrigen bestätigt Hellmann unsere Widerlegung des kommunistischen Barmat-Schwindels.

Seitens der Barmatfirmen ist inzwischen in der Berliner Handelspresse festgestellt, daß sie im Gegensatz zur Firma von Erich (Kutischer) von der preussischen Staatsbank nur ganz normale Kredite in Höhe von ungefähr ein Dreißigstel der kommunistischen Angaben (!) erhalten und zum Teil bereits zurückgezahlt haben.

Alene Auslandsnachrichten.

Der schwedische „Premierminister“, Gustaf Branting, ist am Dienstag plötzlich erkrankt. Er wird infolge dessen an der Sitzung des Riksdags in Rom nicht teilnehmen.

General Calles hat das Amt als Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko angetreten.

Die „New York Herald“ und „Tribune“ aus Mexiko melden, daß bei der Feier der Einführung des General Calles in sein Präsidentenamt eine Kalle auf einer Militärparade, der General Calles enthielt, nieder und verursachte eine Explosion, durch die zwei Kinder getötet und etwa 20 Personen, zumeist Soldaten, verletzt wurden.

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In der Ortschaft Colliorito bei Foligno (Italien) stürzte ein Meter hohes metallenes Gerüst ein. Sieben Elektricitätsarbeiter wurden dabei getötet.

Fernphotographie über den Ozean.

Nach einer Neuentdeckung aus New York veröffentlichten die dortigen Zeitungen Volkspublikationen von Photographien, die durch drahtlose Telegraphie aus London übermittelt wurden. Die Marconi-Gesellschaft und die amerikanische Radiogesellschaft werden binnen 14 Tagen einen regelmäßigen drahtlosen photographischen Dienst zwischen England und den Vereinigten Staaten aufnehmen. Das neue System dürfte dem internationalen Postdienst durch schnellen Austausch von Fingerabdrücken wertvolle Hilfe leisten.

Edeners Zukunftspläne.

Dr. Edener sprach gestern abend in Hamburg über die Amerikafahrt des 3. R. 3. Ueber seine zukünftigen Pläne äußerte sich Dr. Edener dahin, daß die Gründung einer Gesellschaft für den Verkehr mit Ozeanluftschiffen in Aussicht genommen sei, daß aber das amerikanische Kapital sich vorläufig noch skeptisch zeige, da ihm die nötigen Erklärungen über die Sicherheit der Luftschiffe fehlten. Es lägen aber amerikanische Zulagen vor, sich an der Finanzierung einer derartigen Gesellschaft zu beteiligen, wenn in Deutschland etwa 1/2 des Kapitals aufgebracht würde.

Dr. Edener erklärte, das erforderliche Kapital würde insgesamt etwa 35 Millionen Mark betragen, jedoch in Deutschland etwa 9 Millionen Mark aufzubringen sein würden.

Die Gallia braucht nicht mehr zu gehen.

Eine Versammlung von englischen Geistlichen hat mit 80 gegen 78 Stimmen beschlossen, das in der Zeit der Frauenemanzipation nicht gern gehörte Wort „gehören“ aus der Barmat der Trauungen zu streichen. Man hat sich dabei dahin geeinigt, daß sich die Eheleute verpflichten, „einander in gegenseitiger Liebe zu

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Dezember.

Sozialdemokratische Partei.

District 3. Unsere Districtsversammlung findet heute Abend nicht bei Kautz, sondern bei Kautz, Lewandstraße 27, statt.

District 16. Abhaltung! Die heutige Districtsversammlung findet nicht bei Waude, sondern im Lokal zu den zwei goldenen Anfern auf der Rosenhaller Straße statt. Alles muß erscheinen!

District 19. Unser Districtsversammlung findet heute Abend bei Strauß, Neue Weltgasse 42, statt. Niemand darf den Besuch versäumen.

District 21. Heute muß jede Genossin, jeder Genosse sich unter allen Umständen in der Außerordentlichen Districtsversammlung am 7. Dezember wichtige Dinge zur Behandlung stellen. Es erfolgt auch die Einleitung der Wahlarbeit, dabei darf keiner fehlen!

District 26. Heute Abend 18 Uhr: Außerordentliche Districtsversammlung bei Grellich, Kischstraße 13. Alle Wahlhelfer und Wahlhelferinnen haben bestimmt zu erscheinen.

District 29. Heute Abend 7 1/2 Uhr findet die Außerordentliche Districtsversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, statt. Kein Wahlhelfer und Funktionär sowie Jugendgenosse darf fehlen.

District 41. Heute, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Werner, Trauttmannstraße 178 eine außerordentliche Districtsversammlung statt. Alle müssen erscheinen, die ein Interesse am Gelingen unserer Arbeit haben!

Kein District darf vergessen, heute Abend die Plakate abzuholen.

Kreuzer-Jugend-Komitee. Die Programme zu unserer Weihnachtsfeier müssen bestimmt heute Abend abgeholt werden.

Jugendsozialisten und S.M.J. Mittwoch, abends 8 Uhr, Arbeitsgemeinschaft „Marxismus als proletarische Lebenslehre“, 5. Abend: „Der Arbeiter“. Gäste, wie immer, willkommen. Genossen, die Wahlhelfer sind angegeben, heute erfolgt die Verteilung auf die Genossen. Jeder einzelne muß unbedingt erscheinen!

Wie steht es um den Gaspreis?

Anfrage an den Magistrat.

Die Breslauer Wähler mußten in den letzten Wochen beobachten, wie von der Stadtverordnetenmehrheit vom 4. Mai den Gasdruckregulanten und den gewerblichen Großbetrieben Gasdrucksteigerungen geschickt wurden. Tagelang sträubt man sich, den Gaspreis auch nur um einige Pfennige herabzusetzen.

Wie steht es hierzu der Magistrat, der entsprechend der Wahl vom 4. Mai eine Bürgerbeteiligung hat? Es wäre wünschenswert, noch vor der Wahl etwas davon zu hören, wie sich der Magistrat nun zu dem sozialdemokratischen Antrage auf Herabsetzung des Gaspreises gestellt hat. Er muß sich doch entschieden äußern haben.

Unsere geistige Adelschreiber-Versammlung

Wir ein wirkungsvoller letzter Appell vor allem an die Frauen, am 7. Dezember ihr Wahlrecht als Angehörige des arbeitenden und beschwerten Volkes mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel zu erfüllen. In warmherzigen, zugleich überaus tatkraftreichen, klar durchdachten Ausführungen zeigte die hervorragende Rednerin auf Grund der Erfahrungen ihrer sozialen Arbeit und ihrer Auslandsreisen, wieviel von dem kleinsten Stimmzettel am nächsten Sonntag für alle Rotleidenden abhängt. Ein hilfloser, krankhafter Pharisäer, der sein „Material“ nicht einmal richtig verstehen konnte und ein in üblicher Form auftretender Rednerhörer wurden mit Entrüstung von der Versammlung zurückgewiesen, die ein von Genossen Großmann ausgebrachtes Hoch auf die Sozialdemokratie braudend aufnahm. Wir berichten über die inhaltreiche Rede Adelschreibers noch ausführlich.

Invalidenversicherung

Ein Einzelfall gibt dem städtischen Wohlfahrtsamt Veranlassung, erneut auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Invalidenversicherung hinzuweisen. Trotz der gesetzlichen Vorschriften wird es noch oft unterlassen, die vorgeschriebene Anzahl Beitragsmarken zu verwenden. Freiwillig Versichertere müssen mindestens 20 Beitragsmarken innerhalb von 2 Jahren beibringen und ihre Quittungsgesellen pünktlich vor Ablauf von 2 Jahren nach Beginn der Beitragsdauer bei dem zuständigen Polizeirevier gegen neue Versichertere, sonst geht ihnen jeder Anspruch aus der letzten Karte nur aus allen früheren Karten verloren. Auf diese gesetzliche Bestimmung ist auf der Vorderseite der Quittungskarte besonders hinzuweisen. Der Rentenanspruch löst dann erst wieder auf, wenn die früher beibrachten mindestens 20 Beiträge auf Grund der Invalidenversicherung geleistet worden sind. Es ist zu befürchten, daß bei unzureichender Beitragsleistung die Inhaber der Beitragsmarken den Anspruch auf Rente verlieren. Die dann sehr oft eintretende Notlage zwingt sie zur Inanspruchnahme der öffentlichen Wohlfahrtsstellen. Die Arbeitgeber werden daher darauf hingewiesen, daß sie gesetzlich verpflichtet sind, die Beiträge zur Invalidenversicherung für ihre versicherten Arbeitnehmer pünktlich zu entrichten. Auch kann die freiwillige Invalidenversicherung bei Krankentagen nach Aufhören der Pflichtmitgliedschaft nur dringend empfohlen werden.

Ein freundlicher Brief.

Alle Mieter müssen ihn lesen!

Alle Mieter des Hauses Bismarckstraße 24 haben einen Brief folgenden Inhalts erhalten:

Rundschreiben.

Da sich der Wohlfahrtsminister wieder nicht entschließen hat, die Bezieher zu erhöhen, so sehe ich mich veranlaßt, an das Gerechtigkeitsgefühl der Mieter zu appellieren. Bekanntlich ist ja die sogenannte Miete

ein Drittel billiger als im Frieden, während die Lebensmittel mindestens doppelt so teuer als vor dem Kriege sind. Die Preise für Lebensmittel werden anstandslos und ohne Murren bezahlt, aber für die Wohnungen hat kein Mensch einen Pfennig mehr übrig. Es denkt niemand daran, daß die Zwangswirtschaft auch einmal ihr Ende nehmen wird, und daß es viele Wohnungsuchende gibt, die mit Freuden jetzt schon die Friedensmiete bezahlen würden, wenn sie nur eine Wohnung hätten. Das sollte aber doch zu denken geben! Es ist ausgeschlossen, daß bei den augenblicklichen niedrigen Beträgen, welche zum größten Teil von Steuern verschlungen werden ein Haus ordnungsmäßig instand gesetzt werden kann. Deshalb mache ich Ihnen den Vorschlag, vom 1. Dezember ab 10 Prozent der Friedensmiete freiwillig mehr zu zahlen, da ich mit den festgesetzten Beträgen nicht auskomme. Ich gebe mich der Hoff-

Generalabrechnung mit den Lügen der Gegner im Wahlkampf hält die Sozialdemokratische Partei in 4 öffentlichen Wählerversammlungen

am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr im Zentral-Voll-Saal, Westendstraße
am Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße
Bräuer, Gabisstr., Bergkeller, Altschlaust.
Redner:
Reichstagsabgeordneter Max Geppel
Landtagsabgeordneter Wilhelm Wunzer
Stadtverordnete Klara Müs

Maffen heraus! Es geht ums Ganze! Eintritt 10 Pfennig. — Arbeitslose gegen Ausweis frei.

nung hin, daß sich ein anständiger Mieter nicht sträuben wird, diese Kleinigkeit zu bewilligen. Ich betone nochmals, daß die eventuelle Zahlung dieses kleinen Mehrbetrages freiwillig erfolgt, und ich niemanden dazu zwingen kann, solange die Zwangswirtschaft besteht. Es ist also nicht nötig, daß darüber erst mit anderen Mietern verhandelt wird, sondern wer jedem das Seine zukommen lassen will, der möge dies stillschweigend tun.

Der Hausverwalter.

Der Zuschlag würde bei Ihnen 220 Mark betragen. P.S. Da ich am 1. Dezember eine größere Zahlung zu leisten habe, bitte ich diesmal um pünktliche Mietzahlung bis 1. Dezember mittags.

So freundlich kann ein Hauswirt sein, wenn er etwas erhalten will, worauf er keinen Anspruch hat! Heute noch von Bettelarmen zu reden, ist allerdings stark, wo die Mieter zwei Drittel der, durch Spekulation künstlich hinaufgewurferten Friedensmiete zahlen müssen. „Die Preise für Lebensmittel werden anstandslos und ohne Murren bezahlt“, sagt der Hauswirt. Bezahlen muß sie leider jeder, wenn er nicht verhungern will, aber ohne Murren geschieht es nicht, und wahrscheinlich hat der Hauswirt bei den letzten Wahlen mitgeschissen, daß die Lebensmittelpreise so steigen konnten. Uebrigens sind die Mieter nur zum sehr geringen Teile dazu da, um damit Lebensmittel zu bezahlen, in der Hauptsache zahlt sie der Mieter, damit der Hauswirt Steuern, Reparaturen und Zinsen bezahlt. Nur für seine Mühe am Hause soll er sich darüber hinaus auch Lebensmittel kaufen können. Zinsen, ehemals eine große Last, zahlen die Hausbesitzer aber heute nur noch sehr wenig. „Viele Wohnungsuchende wurden jetzt schon mit Freuden die Friedensmiete zahlen“, welcher Triumph! Welch schöne Aussicht, wenn erst die Zwangswirtschaft fällt! Drei und vierfache Miete wird dann jeder zahlen müssen! Doch vorläufig hat der Hauswirt noch kein Recht, sich frei auszuwirken; nur zehn Prozent soll der Mieter freiwillig mehr zahlen, und „ein anständiger Mieter wird sich nicht sträuben“. Die „unanständigen“ Mieter aber schmeißt der Wirt hinaus, sobald die Zwangswirtschaft fällt. Darum, ihr Mieter, besprecht euch nicht erst untereinander, sondern bezahlt, was der Hauswirt wünscht. Denn der Mann braucht Geld, und ihr habt es im Überflus.

Vor allem aber vergeht nicht, am 7. Dezember bürgerlich zu wählen, damit der Hauswirt künftig nicht mehr nötig hat, freundliche Briefe zu schreiben, sondern euch folgenden Zettel schicken kann:

Ich kündige Ihnen hiermit die Wohnung. Sollte Ihnen an weiterem Wohnen in meinem Hause etwas liegen, so gebe ich Ihnen anheim, sich zwecks Abschluß eines neuen Mietvertrages auf der Grundlage einer dreifachen Friedensmiete bei mir einzufinden.

Deutschpöhlische Wechsel werden nicht eingelöst.

Die Deutschpöhlischen können sich bekanntlich nicht genug darin tun, über den „jüdischen Geschäftsgeist“ zu jektieren, der den treuen und arglosen Arier überportiert und um sein Geld bringt. Sie scheinen aber selbst stark im Glashaus zu sitzen, was ein Prozeß zeigt, der eben erst am Landgericht Breslau beendet wurde. Die Deutschpöhlische Freiheitspartei akzeptiert und verurteilt die „Deutschpöhlische Freiheitspartei“ akzeptiert und verurteilt die Partei & Schindler ausgeliefert hatte, bei der sie im vorigen Wahlkampf ihre Flugblätter hatte drucken lassen. Nicht bloß Bücher, sondern auch Wechsel haben die eigenartigen Schindler. So kam es, daß dieser Wechsel in die Hände eines Juden geriet, der ihn natürlich der Deutschpöhlischen Freiheitspartei zur Einlösung präsentierte. Sie zeigte sich als lauter Zähler, wie das jetzt bei vielen Wechselkäufern üblich ist und erklärte, kein Geld zu haben. Viele Erklärung gaben zwei Herren ab, die unter die Firma der Partei ihre Namen Kiezmey und Werner gesetzt hatten. Als ihnen daraufhin die Klage zugestellt wurde, hatte der eine bereits Meißner genommen und war nach Gerlachshaus verschwand. Als ihn der Postbote dort aufsuchte hatte er sich unbestimmt abgemeldet. Der andere erklärte, zur Vertretung der Partei nicht ermächtigt zu sein, und suchte sich der Klageentlastung dadurch zu entziehen. Daher wurde zunächst nur die gleichfalls mitverlangte Firma Parich & Schindler zurteilt, die ihre Flugblätter auch bis zum heutigen Tage noch nicht bezahlt erhalten hat.

Wir möchten an den Vorsitzenden der Freiheitspartei in Breslau Herrn Rechtsanwalt Dr. Fritsch einmal die Frage richten, mit welchen Grundrissen seiner Partei er dieses eigenartige, mit Treu und Glauben im Geschäftsverkehr nicht gerade in Einklang zu bringende Verhalten verteidigen will. Der Herr Vorsitzende scheint um den Ruf seiner Partei nicht gerade sehr zu bangen. Entweder er hat es geduldet, daß die zahlungsunfähigen Angehörigen die Wechsel zeichnen; dann hat er sich eines Verhältnisses schuldig gemacht, für das ihm kein juristischer Beistand selbst die Bezeichnung geben mag. Oder er hat sich um die Geschäftsführung seiner Partei überhaupt nicht gekümmert; dann hat er einen geradezu sträflichen Leichtsinns gezeigt, der ihn als Führer einer Ortsgruppe in eigenartiger Weise erscheinen läßt. Man wird sich das merken müssen, um es den teutschen Heiden bei passender Gelegenheit kräftig unter die Nase zu reiben.

Eine brave Frau!

Folgender Brief geht uns von einer Witwe aus der Reutherstraße zu:

Samstag ist Wahl. Da möchte auch ich diesmal meine Stimme abgeben, bin aber schon jahrelang asthmaleidend, so daß ich fast gar nicht mehr auf die Straße komme, denn wenn ich bis am Königsplatz bin, ist meine Lust zu Ende. Würde mich freuen, wenn ich Gelegenheit hätte, abgeholt zu werden. Bei der letzten Wahl hat meine Stimme gefehlt, weil ich da ebenfalls schlaft zu Fuß war. (Folgt genaue Adresse.)

Die brave Frau wird selbstverständlich von den Arbeiterkameraden zur Wahl geleitet werden. Wir raten jedoch, sich in allen ähnlichen Fällen zunächst direkt an den Districtsführer der Partei zu wenden, wenn man seine Adresse kennt. Andernfalls an unser Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus, da der Weg über die „Volkswacht“ ein Umweg ist.

Das Zentrum

treibt wieder einmal Wahlagitator in der Kirche. Am letzten Sonntag wurden an die Besucher der Sankt Heinrichskirche auf der Lehmgrabenstraße Flugblätter und Handzettel verteilt. Auch von der Kanzel herab sollen die Kirchenbesucher ermahnt worden sein, nur einer „wahren christlichen“ Partei ihre Stimme zu geben. Trotzdem in früheren Wahlkämpfen schon oft auf die Anstöße, Kirche und Kanzel als Propagandaort zu benutzen, hingewiesen wurde, geschieht es doch immer wieder.

Religion und Politik haben aber gar nichts mit einander gemein, und wirklich religiöse Menschen werden sich immer abgehorren fühlen, wenn ihnen an dem Ort, wo sie ihre Seele frei von allem irdischen Streit und Hader zu ihrem Gott erheben wollen, plötzlich der politische Tageskampf entgegensteht. Das sollten die frommen Agitatoren bedenken!

Ein neues Wahlplakat!

Seht doch, seht! Wie ideal sich jetzt zeigt bei dieser Wahl Die Partei der Brotverleiher. Weil ein Rückgang ungeheurer Ihre Reihen stark bedroht, Die gewachsen in der Not!

Eink im Mai, voll Stimmengir, Zeigten sie als Schlachtpanier Einen Stahlhelm jedem Wähler. Dolchstoß! riefen die Erzähler Von dem großen deutschen Sieg, — Wenn erneut wir machen Krieg!

Diesmal aber, seht nur seht! Trommler an den Säulen steht! Niedlich keinen Weg er taumelt, Buderjopf nach hinten haumelt, Stellung sucht er, wie ich weite In Herrn Loewes Operette!

Sicher, in dem Schauspielhause Jedem wär' zu lang die Pause Bis er wieder könnte lehn! Ihn im Kampenlichte sehn! Ja, fürwahr, die Volkserberber Schufen einen prächt'gen Werber!

Loewe, lieber Herr Direktor! Mißt nicht werden du Protektor Und ergebener Berater Der Partei, die spielt Theater? Nächstens wirbt sie, wenn es sein muß Mit dem Clown vom nahen Zirkus!

Reda.

Böninger Rauchtabake
Rhein-Perle, Rufo, Böninger Shag
sind in Qualität unübertroffen
General-Vertreter: Gustav Passek, Breslau, Taschenstraße 3/5. Telephon Ohle 7675.

Der Leser über die Inhalte des Mittels hinausgeht.

Bitte umfassen Sie Kunde und enthalten: 20. I. 'Ding der Zeit', und gleichzeitigen Schließen, eines der entsprechenden Stellen.

Liebe Jugendgenossinnen und -genossen!
Habt ihr euren Eltern schon von unserer Weihnachtsausstellung erzählt? Wenn nicht, dann holt das Verlaumte sofort nach und kommt mit ihnen noch heute nach dem Gewerkschaftshaus. Die Ausstellung befindet sich im Zimmer 12 und ist von 4 bis 10 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiterkinderfreunde!
Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Anlässlich der Weihnachtsfeier müssen wir die Woche noch recht oft zusammenkommen: Welche den Reigen tanzen, Mittwoch 5 Uhr, die am Singen beteiligt sind, Donnerstag 5 Uhr, die im Märchenspiel mitwirken und Gedichte vortragen, Sonnabend 3 1/2 Uhr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Zur Massenkundgebung auf dem Schlossplatz am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, haben alle Kameraden zu erscheinen. Anpöbelungen bleiben unbeachtet, Ruhe und Ordnung dürfen nicht gekürzt werden.

Banner 7. An der Werberversammlung am Mittwoch, den 3. d. Mts., in der Wilhelmstraße hat jeder Kamerad zu erscheinen. Zur Wahlarbeit melden sich die Kameraden am Donnerstag bei Kamerad Erich Müller, Kopischstraße 69, 4 Treppen (nicht bei Müller im 2. Stock Ringeln). — Sonnabend, 6.20 Uhr: Antreten am Hohenzollernplatz, Ecke Brandenburger Straße zum Abmarsch auf den Schlossplatz. — Montag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr, Monatsappell im 'Jäger'.
Banner 10. Freitag, den 5. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, a. u. h. e. r. o. d. e. n. t. l. i. c. h. e. Mitgliederversammlung bei Graf, Weidenstraße 37.
Banner 12. Sonnabend, abends 6.45 Uhr, antreten auf dem Ring am Stadthauseller zum Abmarsch.

Der Breslauer Verband für Kleinkinderfürsorge bittet auch in diesem Jahre um Weihnachts Spenden (getragene Kleider, Spielzeug, Bilderbücher usw.) für die armen Kinder seiner Volkshilfskassen. Geschäftsstelle: Baracke, Blücherplatz, Zimmer 2. Telefon: Magistral 423.

Breslauer Volksbühne. Für die II. Abteilung der Jugendvollsbühne wird am kommenden Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Stadttheater Wagner's 'Der fliegende Holländer' aufgeführt. Die Verlosung der Silletts findet ab 2 1/2 Uhr im Geyer des I. Ringes statt.

Silberhochzeit feierte am 28. November der Tischler Gustav Karnowsky mit seiner Ehefrau Ida. Die 'Volkswacht' war immer in der Familie und auch in der Partei erfüllt Genosse Karnowsky seine Pflicht. Viel Glück für die Zukunft!

Der Arbeiter-Studentenbund erläßt im heutigen Anzeigenblatt einen Aufruf zum Beitritt. Zusammenkunft jeden Montag, abends 8 Uhr, im Guttemplerheim, Martinstraße 7.

Das zweite Kindliche Mädchenjugendheim auf der Lehmgrobenstraße ist jeden Mittwoch und Freitag von 7 Uhr an geöffnet. Der Eingang ist der Bequemlichkeit halber von der Lehmgrobenstraße 30 zu wählen. Das Heim steht unter der Leitung der Frau Kreisjugendpflegerin Zander. Der Besuch steht jedem jungen Mädchen frei. Gelegenheit zu Weihnachtsgeschenken und Bastei ist gegeben.

Brüder-Konzert. Sinfonien entsprechend wird Julius Brüder am 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Konzerthausaal ein Orchesterkonzert veranstalten. Anlässlich dieses Konzertes wird das Schiller-Landesorchester auf etwa 100 Musiker verstärkt. Kartenverstellungen werden jetzt schon in der Musikalienhandlung Hoppe, Zwinglerplatz 8, entgegengenommen.

Die städtischen Brausebäder erfreuen sich in letzter Zeit eines stärkeren Zuspruchs. Trotzdem sind die Besucherzahlen der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Wenn der Besuch weiter zunehmen sollte, wird eine Verlängerung der Betriebszeit in Aussicht genommen werden. So erfreulich die rege Inanspruchnahme der Bäder durch Kinder ist, so tun die Eltern doch gut, die Kinder nicht freitags oder sonntags, ganz besonders aber an diesen Tagen nicht in den späten Nachmittagsstunden zum Baden zu lassen, weil erfrischungsgemäß in dieser Zeit der Andrang der Erwachsenen sehr groß ist.

Die Kindliche Volksbühnerei. Talschenstraße 29, ist am 5. und 6. Dezember wegen Reinigung geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung.
Kommunistisch-völkischer Zusammenbruch.
Am Sonnabend fand in der Knorr-Bremse in Richtenberg die Betriebsratswahl statt, und zwar, weil die Völkischen, die bisher einen Sitz im Betriebsrat hatten, nämlich zurückgetreten waren, um eine Neuwahl des Betriebsrates zu erzwingen. Sie rufen das vor allen Dingen in der Hoffnung, bei der Neuwahl die freien Gewerkschaften an die Wand zu drücken. Wer mit der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung der letzten Jahre vertraut ist, wird sich wundern fragen, wie es in der Knorr-Bremse, die als kommunistische Hochburg bekannt ist, die Völkischen eine derartige Machtprobe versuchen können. Die Antwort ist sehr einfach: Gerade die 'revolutionäre Manöver' der Kommunisten haben einen Teil der Arbeiterschaft den Gelben zugeworfen. Die Direktion der Knorr-Bremse hat den Folgen der kommunistischen Taktik insofern nachgeholfen, als sie unter Umgehung des ordentlichen Arbeitsnachweises der Berliner Metallindustrie maßenhaft Leute aus den völkischen Nachweisen eingekauft hat.

Und was ist nun das Ergebnis dieses konzentrierten völkisch-kommunistischen Kampfes gegen die freien Gewerkschaften? Im März dieses Jahres erhielten die freien Gewerkschaften 857 Stimmen und 5 Vertreter im Betriebsrat, die Unorganisierten 766 Stimmen und 4 Vertreter, die USPD 235 Stimmen und 1 Vertreter, die KPD 807 Stimmen und 5 Vertreter, die Völkischen 234 Stimmen und 1 Vertreter. Damals schrieb die 'Rote Fahne' triumphierend, daß die Kommunisten gemeinsam mit

den Unorganisierten und den Gelben die Mehrheit im Betriebsrat hätten.

Und nun kam die große Machtprobe der Völkischen. Die Kommunisten stellten überhaupt keine Liste mehr auf. Auch die Unorganisierten waren von der Bildfläche verschwunden. Der Kampf spielte sich allein zwischen den freien Gewerkschaften und der Knorr-Bremse, die aus der einst kommunistischen eine völkische Hochburg zu machen gedächten. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Völkische 865 Stimmen und 4 Vertreter, freie Gewerkschaften 2892 Stimmen und 14 Vertreter.

Die reinliche Scheidung ist eingetreten. Die Arbeiterschaft ist klar geworden, wer allein ihre wahre und wirklich revolutionäre Interessenvertretung ist. Rechnet man bei der vorigen Wahl die Stimmen der Völkischen und der ihnen mehr oder weniger verwandten Unorganisierten zusammen, dann erhielten diese 1080 Stimmen. Rechnet man andererseits sämtliche Stimmen, die für die Liste der freien Gewerkschaften, der Kommunisten und der USPD abgegeben wurden, so ergibt das 1893 Stimmen. Seit der Wahl im März hat die Direktion, wie schon erwähnt, maßenhaft Leute aus der Dessauer Straße eingekauft. Trotzdem haben die freien Gewerkschaften rund 1000 Stimmen mehr erhalten als die drei Listen der freien Gewerkschaften, der Kommunisten und der Unabhängigen zusammen im März, während die Gelben rund 200 Stimmen eingebüßt haben.

Bewußt ist es immer noch bedauernd, daß die Gelben eine so große Anzahl von Stimmen erhalten konnten. Wenn man aber in Betracht zieht, daß die Knorr-Bremse einst eine Hochburg der Kommunisten war, dann wird man sich nicht darüber wundern, daß die Völkischen so viele Stimmen erhielten, sondern daß es trotzdem unseren Genossen gelungen ist, durch unablässige zähe Aufklärungsarbeit die große Masse der Arbeiter um die Fahne der freien Gewerkschaften zu sammeln. Die KPD, aber, die uns einst 'vernichten' wollte, die in der Knorr-Bremse unumstößlich dominierte, ist verschwunden.

Achtung, Mitglieder der Gelellenauschieße!
Freitag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in Zimmer 9, des Gewerkschaftshauses: Volkshilfsung! Da auch das Mandat des Breslauer Vertreters im Gelellenauschieß der Handwerkskammer am 31. Dezember abläuft, wird in dieser Sitzung zur Neu- resp. Wiederwahl Stellung genommen. Gleichzeitig wird über die zurückliegende Zeit und über die neuen Aufgaben im Gelellenauschieß der Handwerkskammer Bericht erstattet werden. Es wird daher erwartet, daß sämtliche Mitglieder der Gelellenauschieße, die auf freigelegten Stellen stehen, erscheinen müssen. Der Obmann.

Jeder Republikaner
erscheint am **Sonnabend abend 7 1/4 Uhr** auf dem **Schlossplatz**
zur **Massenkundgebung**
zur **Sattelbeleuchtung.**

Aus Schlessien.
Diebstahl. Ein brennendes Auto. Auf der Fahrt nach Liegnitz, wo eine Ausbesserung erfolgen sollte, ist ein dem Dominium Wangten gehörendes geschlossenes Automobil auf der Landstraße in Brand geraten. Der Chauffeur sah sich plötzlich in die vorn aus dem Wagen schlagenden Flammen geschickt, vermerkte sich aber doch noch durch Abpringen zu retten. Er machte sofort Versuche, den Brand einzudämmen oder abzulöschen, konnte aber nicht verhindern, daß der Wagen zum größten Teil den Flammen zum Opfer fiel.

Reichswasser. Die erste große Oper in Reichswasser wird vor ausverkauftem Hause gespielt werden. Das Theater hat 318 Sitzplätze, etwa 100 mehr als das Görlitzer Stadttheater. Die Plätze sind bis auf etwa 50 alle im Vorverkauf abgesetzt worden. In der Aufführung sind 56 Personen beteiligt, die alle aus Görlitz kommen und zur Nacht in Reichswasser bleiben müssen. Nach der Weihe des Theaters durch Beethoven's 'Fidelio' wird nächstens eine klassische Operette, vielleicht 'Der Vogelhändler' oder 'Die Hebermanns', gespielt werden.

Waldenburg. Achtung, Raubschwindel! In einer am Sonntag im großen Gläubig-Saal in Gottesberg stattgefundenen, von über 1500 Personen besuchten Reichsversammlung, in der unser Genosse Professor Dr. Fuchs (Breslau) sprach, erklärte der Kommunist Ulrich, daß die sozialdemokratischen Wähler des Kreises Waldenburg in dieser Woche noch etwas erleben werden, denn große Enttäuschungen der kommunistischen Partei können bevor.

Die Kommunisten kündigen also auch diesmal einen ungeheuren Raubschwindel an, und die Genossen können sich daher auf allerlei gefaßt machen. Es ist nur gut, daß die Kommunisten es vorher sagen. Es wird ihnen zwar niemals nichts mehr geglaubt, aber unsere Genossen werden sich daran tun, die vielen Tummeln, die es leider noch gibt, darauf hinzuweisen, wie es mit den 'Enttäuschungen' der KPD. geht. Der geistige Reizfall der 'Arbeiterzeitung', dem noch neue folgen werden, zeigt die Absichten und Betrügereien dieser verkappten Rechtsradikalen deutlich genug.

Arbeiter-Sport

Achtung, Segler!
Vor einiger Zeit durchlief eine Notiz die Arbeiterpresse, in der alle Segler, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, aufgefordert wurden, sich zu einer großen Organisation, ähnlich der der Arbeiterläufer, 'Hohenzollern-Turner' usw., zusammenzuschließen. Den Anstoß dazu gab die 1901 gegründete Vereinigung der Arbeitersegler Groß-Berlins (der Berliner 'Segler-Verband', der sich jetzt 'Freier Segler-Verband' nennt, um allen außerhalb Berlins beheimateten Seglervereinen Gelegenheit zu geben, sich um keinen Cent zu lösen).

Die Struktur des F.S.V. ist aus dem § 2 seines Statuts klar zu erkennen, welcher folgendes befragt: 'Der Verband besteht aus Arbeiter-Seglervereinen, welche in Deutschland ansässig sind und auf Grund des Gemeinheitsprinzips, der gegenseitigen Hilfe und der Unterstützung befreit sind, den Segelsport möglichst gelinglich zu betreiben. Er bezweckt die Pflege und Förderung des Segelsports durch Veranstaltung von Wett-, Wander- und Schwimmwettbewerben, theoretischen und praktischen Unterricht im Segeln, Erleichterung der Segel-, Förderung gemeinsamer Ziele und der Klassenfrage.'

Da beabsichtigt ist, Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres eine Vertretung der Arbeitersegler Deutschlands zu bilden, werden die Segler, die der Sache sympathisch gegenüberstehen, gebeten, eventuelle Wünsche und ihre Adressen an die unterzeichnete Geschäftsstelle zu richten.
Mit freiem Seglerglaube
Erich Polsharsh, 1. Vorsitzender des 'Freien Segler-Verbandes',
Berlin-Kreuzföhrn, Treptower Straße 12.

Arbeiter-Olympiade und Kulturtagung.
Es ist beabsichtigt, mit der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. eine große internationale Kulturtagung zu verbinden. Insbesondere sollen die Erziehungsvereinigungen der internationalen Arbeiterbewegung nach Frankfurt eingeladen werden. Die Vorbereitungen dafür haben bereits begonnen. Die Frankfurter Genossen haben diese Aufgabe sehr eifrig aufgenommen und hoffen, daß der Plan gelingen wird. Es würde gut sein, wenn sich die entsprechenden Arbeiterorganisationen baldmöglichst mit der Angelegenheit befassen, damit die Fühlung mit den Organisationen der einzelnen Länder sobald geklärt werden kann. Nähere Auskünfte darüber erteilt der Genosse Theodor Thomas, Vorsitzender des 'Arbeiter-Sportvereins', in Frankfurt a. M.

Achtung, Arbeiterportier!
Infolge der Reichstagswahlen fällt in dieser Woche die Kartellung am Donnerstag, der Krotzen-Schneeschuhkursus am Freitag und die Verammlung der Arbeiter-Winterportier am Sonnabend aus und finden eine Woche später statt.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 5. 12. 24.	Temperatur			Wind	Nebel	Gefahr	Wetter
	heut	Mittag	Nachm.				
Kriem	6	9	1	S 1	ger.	—	bedeckt
Schneealpe	-2	5	-2	SSW 6	2	3	Nebel
Kellträgerbaude	0	—	—	W 4	—	—	—
Schreiberbau	4	14	4	S 3	—	—	wolfig
Grünberg	3	—	—	SO 1	ger.	—	bedeckt
Görlitz	—	—	—	—	—	—	—
Beuthen	—	—	—	—	—	—	—
Reinzig	6	8	6	S 2	ger.	—	bedeckt

Das morgige Wetter.
(Vorhersage der Wetterwarte Kriem bei Redaktionsbüro.)
Die Wetterlage über Mitteleuropa wird immer unübersichtlicher. Während vom Nordosten des Erdteils über Skandinavien überfallende kalte Luft vom Eismeer vorstößt, bilden sich über dem Kanal über Oberitalien Störungen aus, die dort gewaltige Regenfälle hervorrufen. Wir haben deshalb mit zunehmender Verunsicherung zu rechnen. Die Temperatur bleibt zunächst noch verhältnismäßig hoch.

Aus der Geschäftswelt.
Aufführung für Sicht und Rheumatismus gibt der unteren heutigen Auflage beiliegende Prospekt der Firma A. Hahn's Erben, Laboratorium für medizinische Präparate, Hilberstraße 10. Die Präparate sind in Breslau bestimmt erhältlich in der Markt-Apothek, Adler-Apothek, Apothek zur Hygiene, Arsenmarkt-Apothek, Kranzmarkt-Apothek.
Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, über ihren in vielen Tausenden von Fällen bewährten natürlichen Gesundheitswiederhersteller 'Saluto' bei, auf welchen wir unter Bezug hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Sindert Not!

Sendet Spenden an den Provinzialausschuß Niederschlesien der Deutschen Nothilfe, Postfachkonto: Breslau 1320, Bankkonto: Schlesischer Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, Breslau, Albrechtstraße.

Geht Eure Anzeigen der Volkswacht.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Am 30. November verstarb unser Verbandskollege, der Schlosser von W. A. III
Wilhelm Kaufmann
im Alter von 25 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihn bewahren
Die Mitglieder des D. E. V.
Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Coord.

Ich bin nicht umgezogen
528 Zahnarzt
Dr. Georg Lawy
10-20 Markt billiger kaufen wollen, so gehen Sie direkt zum Fabrikanten
nur
Antiquarjahr, 9. I. Gg.
Rein Leben.

ADLER-COMPAGNIE A.G.

ASSUM-ZIGARETTEN

NICHT FÜR RAUCHER WELCHE AUF AUSSTATTUNG WERT LEGEN, SONDERN FÜR KÖNNER

Es beginnen neue
Stenotypisten-Kurse
Theilking, Vorwerkstr. 52.
Deeres Zimmer
in Rathgebensdorf von alterm lebend. Altes Freu geholt. Offiz. u. St. 746 Geschäftsstelle dieser Zeitung. 4480

1. Ruch - Kleiderkasten
1. Ruchbaum - Bettsofa
1. Ruch - Auskleidung
diverse Stühle, Kissen, etc.
2. vert. Kissenstr. G. Tischler
Druckerei Volkswacht
fertig moderne Druckerei
Breslau 2, Hauptstraße 62

Unterhaltung

„Japanische Spinnköcher.“

Von Colin Ross.

Der leitende Direktor führte uns selbst, und all die vielen Hunderte, oder vielmehr Tausende von Arbeiterinnen lächelten, lächelten und sahen uns lächelnd nach. „Ich bin ihr aller Vater“, sagte der Direktor wohlwollend. „Sie kennen und lieben mich alle, und in den zwanzig Jahren, die ich die Fabrik leite, haben wir noch keinen Streik gehabt.“

Gewiß, die Mädchen sahen alle viel vergnügter und fröhlicher aus als alle ihre Arbeitskolleginnen, die ich vor kurzem in den gereinigten Staaten gesehen — und bei fröhlichem Mundgang hätte man nicht gemerkt, daß es eigentlich lauter keine Stämmen waren, die dort an den modernen Spinnstühlen saßen, oder in den richtigen Schläfen auf schmalen Bänken zu Hunderten aufgereiht ihre Arbeit nahmen.

Die Kanagatschpinnerinnen in Kobe haben ihr eigenes System der Arbeiterkultivierung. Die Mädchen werden von ihren Eltern in jugendlichem Alter, meist vierzehn oder fünfzehnjährig, auf mehrjähriger Kontrakt an die Fabrik abgegeben, auf dem besten also gewissermaßen „verkauft“. Gewiß — sie sind in festem, sauberen Schlafkleid untergebracht, werden ausreichend verpflegt und können sich billig kleiden. Das hindert aber nicht, daß sie talentiert sind, die Fabrik nicht verlassen dürfen und für ihren und unbilligsten Arbeit verhältnismäßig nur geringen Lohn, durchschnittlich 80 Yen den Tag, erhalten.

In einem Land ist es wie Japan, wo Kinder von ihren Eltern sogar als Geißeln oder als Totos in die Fremdenländer verkauft werden, mag dieses System nicht so unangelegentlich wirken, wie es für eu-ropäische Verhältnisse ist. Vielleicht fühlen sich die kleinen Spinnerinnen wirklich so froh und vergnügt, wie sie lächeln. Ihren wirklichen Gemütszustand zu erkennen, ist für den Fremden unmöglich, da die Japanerinnen von Jugend auf auf Stillsitzen dazu erzogen werden, ihre Seelenregungen zu verbergen und stets das gleiche lächelnde und freundliche Gesicht zu zeigen.

Auch die männlichen Arbeiter sind in der Fabrik talentiert, und manch einer holt sich eine Lebensgefährtin aus dem Kreis seiner Arbeitskolleginnen und siedelt dann in eines der Reihenhäuser über, die die Fabrikleitung in endlosen Straßenzügen für die Arbeiter errichtet hat. Für die Hochzeit gibt es sogar einen freien Tag ohne Gehaltsabzug, wie der Direktor erzählte und wie auch in der Broschüre, die die Wohlfahrtsvereinigungen der Fabrik ausführlich schildert, in einem eigenen Absatz erwähnt wird!

Die Kanagatschpinnerinnen sind mit diesem System bisher nicht schlecht gefahren und haben Jahr für Jahr eine erstaunlich hohe Dividende abgeworfen. Billigerweise muß man aber sagen, daß das System auch für die Arbeiter immerhin gewisse Vorteile bietet; denn im Fall schlechter Konjunktur werden sie nicht auf die Straße gesetzt, sondern behalten Wohn- und Arbeitsstätte, wenn auch bei verminderten Bezügen.

Hierin, wie vor allem im japanischen Familiensystem, liegen die Gründe, warum Japan von schweren wirtschaftlichen Krisen bisher ohne soziale Erschütterungen blieb. Auch im modernen industrialisierten Japan sieht die einzelne ja nicht wie in Europa oder Amerika allein, sondern er bleibt bis zu seinem Tod Mitglied der Familie, mit der er ganz anders verknüpft ist als der Europäer. Im Fall wirtschaftlicher Krisen kehrt die Industriearbeiterfamilie in den Schoß der Familie aufs Land zurück und wird von dieser ohne weiteres erhalten.

In diesem ausgeprägten Familiensystem, das eine Berücksichtigung der Gerechtigkeit darstellt, lag bisher ein nicht zu unterschätzendes soziales Sicherheitsventil, das Japan auch ohne durchgreifende soziale Gesetzgebung und soziale Reformen auskommen ließ. Wie man in Japan kaum Bettler antreffe, so gibt es in Japan auch kaum eine staatliche oder kommunale Armenfürsorge. In ganz Japan sind nur 25 Altersheime, von denen aber nur 13 für Arme sind.

Aber auch das Familiensystem wird auf die Dauer die Sozialisierung der Arbeiterfamilien nicht verhindern können. Bisher konnte die Regierung mit eigener Hand diesen Versuch zu sozialistischer Organisation unternommen. In diesem Jahr mußte sie zum ersten Male die Forderungen des 1. Mai freigegeben, und in Osaka und Kobe demonstrieren Tausende von Arbeitern auf der Straße. Selbst die kleinsten Orte sahen Demonstrationen, wenn auch hier in der Regel die Zahl der beteiligten Polizeimannschaften die der Demonstranten noch überstieg. Zum ersten Male hat Japan zur internationalen Arbeiterkonferenz nach Gené einen Erwählten der Arbeiterfamilie entsandt und nicht einen von der Regierung aufgestellten Strohmann. Es ist wohl auch etwas noch nie Dagewesenes für Japan, daß Herr Sakuzi Bunji, der Präsident der japanischen Arbeiterföderation, vor seiner Abreise beim Ministerpräsidenten zu Gast war.

Die japanische Regierung befolgt gegenüber der sozialistischen Gefahr eine merkwürdige zweifelhafte Haltung. Während der Kampf gegen die „gefährlichen Gedanken“, insbesondere unter der Arbeiter- und Studentenschaft, mit äußerster Energie und Rücksichtslosigkeit geführt wird, hat sie andererseits bisher auch die radikalsten sozialistischen und kommunistischen Schriften fast ins Land gelassen. Man kann in jedem der zahlreichen großen und kleinen Buchläden japanische Übersetzungen sozialistischer und kommunistischer Schriften von Marx und Bakunin bis zu Lenin und Trotzki finden.

Die große Schwierigkeit, die Japan in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu begegnen haben wird, liegt darin, daß seine Industrie bisher auch noch nicht im entferntesten die Leistungsfähigkeit des europäischen und amerikanischen Kontinenten hat. Noch immer wird in Japan eine Veranschaulichung mit Menschenkraft getrieben, als ob die Löhne noch auf der Höhe der Zeit vor dem Krieg wären. Nur durch die geringen Löhne hatte die japanische Industrie bisher auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein können. Seit dem Krieg sind jedoch Löhne und Lebenshaltung in einer Weise gestiegen, die außer jedem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht.

Noch immer sieht man in Japan auf der Kolonialbahn drei und vier Personen zu begegnen haben wird, nicht darin, daß seine Industrie bisher auch noch nicht im entferntesten die Leistungsfähigkeit des europäischen und amerikanischen Kontinenten hat. Noch immer wird in Japan eine Veranschaulichung mit Menschenkraft getrieben, als ob die Löhne noch auf der Höhe der Zeit vor dem Krieg wären. Nur durch die geringen Löhne hatte die japanische Industrie bisher auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein können. Seit dem Krieg sind jedoch Löhne und Lebenshaltung in einer Weise gestiegen, die außer jedem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht.

Noch immer sieht man in Japan auf der Kolonialbahn drei und vier Personen zu begegnen haben wird, nicht darin, daß seine Industrie bisher auch noch nicht im entferntesten die Leistungsfähigkeit des europäischen und amerikanischen Kontinenten hat. Noch immer wird in Japan eine Veranschaulichung mit Menschenkraft getrieben, als ob die Löhne noch auf der Höhe der Zeit vor dem Krieg wären. Nur durch die geringen Löhne hatte die japanische Industrie bisher auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein können. Seit dem Krieg sind jedoch Löhne und Lebenshaltung in einer Weise gestiegen, die außer jedem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht.

Noch immer sieht man in Japan auf der Kolonialbahn drei und vier Personen zu begegnen haben wird, nicht darin, daß seine Industrie bisher auch noch nicht im entferntesten die Leistungsfähigkeit des europäischen und amerikanischen Kontinenten hat. Noch immer wird in Japan eine Veranschaulichung mit Menschenkraft getrieben, als ob die Löhne noch auf der Höhe der Zeit vor dem Krieg wären. Nur durch die geringen Löhne hatte die japanische Industrie bisher auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein können. Seit dem Krieg sind jedoch Löhne und Lebenshaltung in einer Weise gestiegen, die außer jedem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht.

Noch immer sieht man in Japan auf der Kolonialbahn drei und vier Personen zu begegnen haben wird, nicht darin, daß seine Industrie bisher auch noch nicht im entferntesten die Leistungsfähigkeit des europäischen und amerikanischen Kontinenten hat. Noch immer wird in Japan eine Veranschaulichung mit Menschenkraft getrieben, als ob die Löhne noch auf der Höhe der Zeit vor dem Krieg wären. Nur durch die geringen Löhne hatte die japanische Industrie bisher auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein können. Seit dem Krieg sind jedoch Löhne und Lebenshaltung in einer Weise gestiegen, die außer jedem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht.

Noch immer sieht man in Japan auf der Kolonialbahn drei und vier Personen zu begegnen haben wird, nicht darin, daß seine Industrie bisher auch noch nicht im entferntesten die Leistungsfähigkeit des europäischen und amerikanischen Kontinenten hat. Noch immer wird in Japan eine Veranschaulichung mit Menschenkraft getrieben, als ob die Löhne noch auf der Höhe der Zeit vor dem Krieg wären. Nur durch die geringen Löhne hatte die japanische Industrie bisher auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein können. Seit dem Krieg sind jedoch Löhne und Lebenshaltung in einer Weise gestiegen, die außer jedem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht.

Das schwedische Streichholz.

Eine Kriminalerzählung.

Von Anton Tschichow.

(Fortsetzung.)

„Euer Hochwohlgeboren, wie ich es verstehe“, sagte der Gärtner Jostem, während er den Stamowar auf den Tisch stellte. „Kann niemand anderes als Nikolajtscha diese Gemeinheit begangen haben.“

„Sehr leicht möglich“, sagte Pjelow.

„Wer ist dieser Nikolajtscha?“

„Der Kammerdiener des gnädigen Herrn, Euer Hochwohlgeboren“, entgegnete Jostem. „Wer anderer, wenn nicht er? Ein Räuber. Ein Hochwohlgeboren! Ein Säuberer und dabei so liebreich, daß einen die Gottesmutter vor so was bewahren möge! Er brachte dem gnädigen Herrn immer den Schnaps, er brachte dem gnädigen Herrn zu Bett... Wer, wenn nicht er? Und außerdem darf ich Euer Hochwohlgeboren melden, daß der Salunk einmal im Wirtschaftshaus damit geprahlt hat, er würde den gnädigen Herrn umbringen. Wegen der Aljksa war das, wegen dem Frauenzimmer... Er lebte damals mit dieser Soldatenfrau... Sie gesteht dem gnädigen Herrn auch; er sieht sie kommen, jener aber... versteht sich, ärgerte sich darüber... Jetzt liegt er hoffentlich in der Küche. Er weint... er schwärzt, daß ihm der gnädige Herr leid täte...“

„In der Tat, wegen der Aljksa könnte man freilich ärgerlich werden“, meinte Pjelow. „Sie ist zwar nur eine Soldatenfrau, ein Frauenzimmer, aber... Nicht umsonst hat Mark Juwanitsch ihr den Spitznamen Nana gegeben. Sie hat so was, das an die Nana erinnert... so etwas Anziehendes...“

Wahltag.

Volk der Fabriken, wie Hammerschlag

Sib deine Antwort vergeltendem Tag.

Stimmen sind Glocken, Stimmen sind Brand.

Du tröstst dein Schicksal in eigener Hand.

Stimmen sind Sonne dem dunklen Geschlecht!

Stimmen sind Freunde und forderndes Recht!

Stimmen zu Stimmen, ein stürmender Schrei...

Und im Dezember blüht rot dir dein Mai.

Bruno Schönlanf.

„Habe ich gesehen... Weiß ich...“ sagte der Untersuchungsrichter und schenkte sich in sein rotes Taschentuch.

Djulowitsch erwiderte und schlug die Augen nieder. Der Richter der Landpolizei trommelte mit den Fingern auf den Teller. Der Kreisrichter suchte und suchte etwas in seiner Aktenmappe. Einzig und allein der Doktor wurde offenbar von dem Hinweis auf Aljksa oder Nana nicht berührt.

Der Untersuchungsrichter befahl, Nikolajtscha vorzuführen. Als bald trat Nikolajtscha, ein junger langgliedriger Bursche mit langer pottemarbräuner Nase und eingefallener Brust in einem abgelegenen Herrenrock in Pjelow's Zimmer und machte vor dem Untersuchungsrichter eine tiefe Verbeugung. Sein Gesicht war verblödet und verweint. Er war betrunken und konnte sich kaum auf den Füßen halten.

„Wo ist der gnädige Herr?“ fragte Tschubikow.

„Ermordet, Euer Hochwohlgeboren.“

Nachdem er dies gesagt, begann Nikolajtscha heftig mit den Augen zu zwinkern und brach in Tränen aus.

„Das wissen wir, daß er ermordet ist. Wo ist er jetzt? Wo ist sein Körper?“

„Man erzählt, sie hätten ihn durchs Fenster gezerrt und im Garten verbarrikadiert.“

„Hm!... Man kennt also bereits in der Küche das Ergebnis der Untersuchung... Schlimm genug. Mein Vetter, und wo steckst denn du in jener Nacht, als der gnädige Herr ermordet wurde? Das heißt, am Samstag?“

Nikolajtscha hob den Kopf, redete den Hals und dachte nach.

„Das kann ich nicht wissen, Euer Hochwohlgeboren“, entgegnete er. „Ich war betrunken und erinnere mich nicht mehr daran.“

„Alibi!“ flüsternte Djulowitsch, sich mit spöttischem Lächeln die Hände reibend.

„So ja. Nun, und warum ist unter dem Fenster des gnädigen Herrn Blut?“

Nikolajtscha richtete krampfhaft den Kopf auf und dachte tief nach.

„Denk gefälligst ein wenig hinter!“ sagte der Kreisrichter.

„Sofort. Das Blut kommt von nichts Besonderem her, Euer Hochwohlgeboren. Ich habe einmal ein Huhn abgehakt.“

„Ich sah es ganz wie immer ab, aber da ich es sich aus meinen Händen los und flatterte fort... Daher rührt das Blut.“

Jostem sagte aus, daß Nikolajtscha in der Tat jeden Abend Hühner schlachten mußte und dieses an den verschiedensten Orten getan hätte. Allein es hätte noch niemand gesehen, daß ein halbtotes Huhn durch den Garten gelaufen wäre, was übrigens nicht absolut zu leugnen wäre.

„Alibi“, spöttelte Djulowitsch. „Und was für ein idiotisches Alibi!“

„Du kanntest die Aljksa?“

„So ist es.“

„Und der gnädige Herr hat sie dir abspenstig gemacht?“

„Zu Befehl, nein. Aljksa wurde mir von Herrn Pjelow, Zwan Michailowitsch nämlich, abspenstig gemacht, der gnädige Herr aber hat sie daraufhin Zwan Michailowitsch abspenstig gemacht. So ist das geschehen.“

Pjelow wurde verlegen und fragte sich das linke Auge.

Djulowitsch sog sich geradezu in seine Augen herein, las in ihnen Verwirrung und fuhr ordentlich zusammen. Denn jetzt erst bemerkte er, daß der Verwalter blaue Hosen trug, auf die er vorher keine Aufmerksamkeit verwandt hatte. Diese Hosen brachten ihm die blauen Fäden in Erinnerung, die man auf den Kettenlöchern bemerkt hatte. Auch Tschubikow sah jenseits Pjelow's nicht ohne einen gewissen Verdacht an.

„Du kannst gehen!“ sagte er zu Nikolajtscha. „Und jetzt gestatten Sie mir wohl, Ihnen eine Frage zu stellen, Herr Pjelow. Sie waren an dem Samstag, der dem Sonntag vortragend, nachher hier?“

„Gewiß, ich speiste um zehn Uhr mit Mark Juwanitsch zu Abend.“

„Und darauf?“

Pjelow wurde verlegen und erhob sich.

„Darauf... ja darauf... Wahrhaftig, ich erinnere mich nicht mehr recht“, stammelte er. „Ich hatte damals viel getrunken... Ich weiß nicht einmal, wo und wann ich eingeschlafen bin... Warum schauen Sie mich alle so an? Als ob ich ihn getötet hätte!“

„Und wo sind Sie aufgewacht?“

„Aufgewacht bin ich in der Dienstbotenküche auf dem Dien.“

„Das können alle bestätigen. Wie ich auf den Dien gekommen bin, weiß ich freilich nicht...“

„Regen Sie sich nur nicht auf. Kannten Sie die Aljksa?“

„Ist denn dabei etwas Besonderes...?“

„Und von Ihnen ging sie zu Aljksa über?“

„Allerdings... Jostem, reich noch einmal die Pilze herum!“

„Wollen Sie nicht Tee, Zwangraj Kusjmitsch?“

Hierauf trat ein schweres und brüdenes Schweigen ein, das fünf Minuten lang währte. Djulowitsch schwieg, und konnte seine leuchtenden Augen von dem erblähten Gesicht Pjelow's nicht losreißen. Der Untersuchungsrichter unterbrach das Schweigen.

„Es scheint mir notwendig zu sein“, sagte er, „in das große Haus zu gehen, um dort mit Maria Juwanowna, der Schwester des Verstorbenen, zu sprechen. Es könnte sein, daß sie uns vielleicht neue Hinweise gäbe.“

Tschubikow und sein Gehilfe dankten für das Frühstück und gingen in das Herrenhaus. Sie trafen Maria Juwanowna, Aljksa's Schwester, eine fünfundsiebzigjährige alte Jungfer, betend vor dem hohen Familien-Heiligenschein an. Als sie die Aktenmappen und Uniformmäntel in den Händen ihrer Besucher erblickte, wurde sie ganz blaß.

„Ich muß zunächst meine Bitte um Entschuldigung aussprechen, daß ich, sozusagen, Ihre Gebetsstimmung gestört habe“, begann der galante Tschubikow, nachdem er eine Verbeugung gemacht hatte. „Wir kommen mit einer Bitte zu Ihnen. Sie haben gewiß schon gehört... Es besteht der Verdacht, daß Ihr Bruder gewissermaßen getötet worden sei. Gottes Fügung, wissen Sie... Dem Tode kann keiner entgehen, weder der Jar, noch der Aderbauer. Wäre es nicht möglich, daß Sie uns mit irgend welchen Hinweisen oder Erklärungen an die Hand gängen...“

„Ach, fragen Sie mich nicht!“ entgegnete Maria Juwanowna, immer blässer werdend und ihr Gesicht mit den Händen verdeckend. „Ich kann Ihnen nichts sagen! Nichts! Ich sehe Sie an! Ich weiß nichts... Was kann ich? Ach, nein, nein... kein Wort über meinen Bruder! Und wenn ich sterben sollte, ich läte nichts sagen!“

Maria Juwanowna brach in Tränen aus und eilte ins Nebenzimmer. Die Untersuchungsbeamten wechselten Blicke, juckten die Achseln und verließen das Haus.

„Dies Salansweib!“ schimpfte Djulowitsch, als sie das Herrenhaus verließen. „Offenbar hat sie etwas, das sie uns verhehlen will. Auch auf dem Gesicht der Jose konnte man manches lesen... Über wartet nur, ihr Teufel! Wir werden noch alles herausbekommen!“

Tschubikow und sein Gehilfe fuhren abends beim Schein eines blaugelblichen Mondes nach Hause zurück; sie sahen im Wagen und zogen in ihren Köpfen die Bilanz des vergangenen Tages. Beide waren erschöpft und schwiegen daher. Tschubikow war überhaupt kein Freund davon, unterwegs zu plaudern, ihm zu gefallen schwieg auch der Schwäger Djulowitsch. Allein, als der Weg sich bereits seinem Ende näherte, konnte der Gehilfe das Schweigen nicht länger ertragen und begann folgendermaßen:

„Daß Nikolajtscha bei dieser Sache mitbeteiligt ist“, sagte er, „kein Zweifel. Ich sehe es doch seinem Maul an, was er für einer ist... Sein Alibi gibt ihn uns mit Händen und Füßen preis. Aber freilich besteht auch kein Zweifel, daß er keineswegs der Initiator dieser Angelegenheit war. Er war nichts als das dumme gedungene Werkzeug. Sind Sie damit einverstanden? Auch der bescheidene Pjelow spielt keine geringe Rolle in dieser Sache. Die blauen Hosen, die Verwirrung, und wie er nach dem Morde vor Gericht auf dem Dien lag und köstlich Aljksa — das ist ein Alibi.“

„Drehen Sie nicht leeres Stroh. Ihrer Ansicht nach ist also jeder bereits Mörder, der Aljksa getannt hat? Ach, Sie Sphitkopf! Sie sollten noch an der Mutterbrust saugen, statt sich mit ernsthaften Sachen zu beschäftigen! Sie haben doch Aljksa ebensfalls den Hof gemacht, mithin müßten doch auch Sie bei dieser Angelegenheit mitbeteiligt sein?“

„Die Aljksa hat ja auch bei Ihnen einen Monat als Köchlin gedient... ich will übrigens hiermit nichts gesagt haben. In der Nacht, die jenem Sonntag vorausging, spielte ich mit Ihnen Karten und habe Sie mithin gesehen, anderenfalls würde ich sogar auf Sie einen Verdacht werfen. Hier, Bäckchen, handelt es sich weniger um das Weib. Es handelt sich hier um ein gemeines, abscheuliches, widerwärtiges Gefühl... Sehen Sie einmal, es hat dem bescheidenen jungen Mann nicht gepaßt, daß er unterliegen mußte. Die Eigenliebe, sehen Sie... Da wollte er sich rächen. Und außerdem... Seine dicken Lippen sprechen ungemein für Sinnlichkeit. Erinnern Sie sich noch daran, wie er mit den Lippen schmakte, als er Aljksa mit einer Nana verglich? Es steht außer jeder Frage, daß Leidenschaft diesen Falunken verzeihrt! Mithin: beleidigte Eigenliebe und unbefriedigte Leidenschaft. Das reicht völlig aus, um einen Mord zu begehen. Zwei haben wir bereits; aber wo ist der dritte? Nikolajtscha und Pjelow haben ihn gehalten. Aber wer hat ihn gewirgt? Pjelow ist schüchtern und wird leicht verlegen, er ist ein Feigling. So einer wie Nikolajtscha aber, versteht es nicht, Menschen mit einem Kopfkissen zu erwürgen; so einer nimmt das Beil oder einen Knüttel... Erwürgt hat ihn ein dritter, aber wer könnte das sein?“

Djulowitsch zog den Hut in die Stirne und versank in Nachdenken. Er schwieg, solange, bis der Wagen vor dem Hause des Untersuchungsrichters vorfuhr.

„Heureka! sagte er, als er das Haus betrat und den Mantel ablegte. „Heureka, Nikolaj Zemojajtsch! Ich kann nicht begreifen, daß mir das nicht früher in den Kopf kam. Wissen Sie, wer der dritte ist?“

„Ich bitte Sie, lassen Sie mich in Ruhe! Außerdem wartet das Abendessen schon auf uns! Sehen Sie sich zu Tisch!“

Der Untersuchungsrichter und Djulowitsch nahmen am Tisch Platz. Djulowitsch füllte sein Schnapsglas, erhob sich, reichte sich und sagte mit funkenden Augen:

„So erfahren Sie denn, daß der dritte, der im Bunde mit dem Falunken Pjelow war und jenen erwirgt hat — ein Weib war! Ha! Ich spreche von der Schwester des Ermordeten, von Maria Juwanowna!“

Tschubikow verschluckte sich fast an seinem Schnaps und starrte Djulowitsch wild an.

„Sie... Sie sind wohl nicht ganz richtig? Ihr Kopf...“

„Ich bin ganz gesund. Aber schon, denken Sie immerhin, daß ich verrückt geworden sei, damit jedoch wollen Sie ihre Verlegenheit erklären, als wir einzutreten? Kommt wollen Sie ihre offensichtliche Unklarheit erklären, Auslagen zu machen? Nehmen Sie, meinestwegen an, daß das belanglos sei — schön gut! — Aber erinnern Sie sich wenigstens an das gegenseitige Verhältnis. Sie haben Ihren Bruder! Sie ist allerdings, er dagegen war ein lieberlicher Mensch und zudem guttles... Hier kann die Aljksa ihres Halses wurseln! Man sagt, er hätte es zuhause gehalten.“

*) Aus einem neuen hübsch illustrierten Reisebuch des bekannten Verfassers „Das Meer der Entscheidungen“ (H. A. W. Verlag) bringen wir dieses soziale Bild aus Kobe (Japan). Red.

